Donnerstag, 4. Oktober 1923. **Einzelnummer 4000 Mark.** 62. Jahrgang. **Nr. 225.**

Bezugspreis monatlich M.
in der Geschäftsstelle 70000.—
in den Ausgabestellen 71000.—
durch Zeitungsboten 72000.—
am Postamt . . . . . 70910.—
" Postgebühren besonders
ins Ausland 80 000 poln. M. in
deutscher Währung nach Kurs.

Fernsprecher
2273, 3110.
Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.
Postscheckkonto für Polen: Nr. 200283 in Posen.
Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Erscheint an allen Werktagen.

Anzeigenpreis: f. d. Millimeterzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens . . 2000.— M. Reklameteil 4000.— M.

Für Aufträge aus Deutschland: Millimeterzeile im Anzeigenteil 2000.— p. M. " Reklameteil 6500.— p. M. in deutscher Währung nach Kurs.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Frankreich, Deutschland und die Rheinrepublik.

Poincaré hat dem englischen Ministerpräsidenten Baldwin bei dem „Versöhnungsfrühstück" versichert, Frankreich denke nicht daran, das deutsche Rheingebiet vom Deutschen Reiche gewaltsam loszulösen. Es wolle nur Bezahlung der Reparationen und — Sicherung gegen spätere deutsche Bedrohungen und Revanche. Nur Bezahlung und Sicherung! Was man in Frankreich unter Sicherung versteht, das hat General Foch in einer Denkschrift vom 27. November 1918 festgelegt, die später dem Rat der Drei in Paris als französische Forderung vorgelegt wurde. Wir lassen die wichtigsten Punkte folgen:

„Vergegenwärtigt man sich, daß der 49½-Millionen-Bevölkerung Frankreichs, Belgiens und Luxemburgs 70 Millionen Deutsche jenseits des Rheins gegenüberstehen (die 5½ Millionen Einwohner des linken Rheinufers sind hier nicht mitgezählt), so folgt daraus, daß es auf dem linken Rheinufer keine neutralen Staaten geben kann.

Die ganze Bevölkerung des linken Rheinufers muß bereit sein, die Waffen zu ergreifen, um eine Drohung Deutschlands sofort zu parieren.

Selbst vom Standpunkt der Verteidigung aus ist die Neutralität eine Unmöglichkeit.

Wir brauchen eine bewaffnete Neutralität, die mit den Nachbarstaaten zusammenarbeitet.

Alle Bewohner des linken Rheinufers: Belgier, Elsässer, Lothringer, Luxemburger, Rheinländer und Franzosen müssen sich zu einer gemeinsamen militärischen Organisation verschmelzen, die die Verteidigung des als Grenze gewonnenen Rheines sichert."

Lloyd George faßt später die Absichten Frankreichs im Rheinland folgendermaßen zusammen: „Die jungen Rheinländer sollen so erzogen und ausgebildet werden, daß sie in die belgische und französische Armee eintreten und gegen ihre Landsleute vom anderen Rheinufer kämpfen können."

Diese Forderungen Frankreichs, die nichts anderes als eine glatte Annexion bedeuten, scheiterten an dem Widerstand Wilsons und Lloyd Georges. Inzwischen aber versuchten die Franzosen in dem besetzten Rheinland vollendete Tatsachen zu schaffen in Gestalt einer „Rheinischen Republik". Die Umstände schienen günstig, das Mittel ausgezeichnet, denn im Rheinland war eine Bewegung zur Errichtung einer Rheinischen Republik, mit Zielen allerdings, die denen der französischen Annexionisten stracks zuwiderliefen. Ein Blick auf die treibenden Beweggründe genügt. Die sogenannte rheinische Bewegung entsprang der Sorge und Furcht, daß das linke Rheinufer von Frankreich annektiert werde. Ein Rückblick. Man vergegenwärtige sich die Zustände nach dem Zusammenbruch. Die alliierten Heere besetzten das linke Rheinufer samt den Brückenköpfen. Die Prophezeiung der Franzosen, daß dies die Annexion bezwecke, schien durchaus wahrscheinlich. Jede Verbindung mit Deutschland war abgerissen. Und Frankreich verlangte die Annexion. Aus „historischen" Gründen, zur endlichen Sicherheit Frankreichs und zum Schutze des Weltfriedens, — vor Preußen, vor dem preußischen Militarismus und Imperialismus. Das war das stärkste Argument: solange Preußen Deutschland beherrscht, solange ist Frankreich und die Welt bedroht. Und die ganze Welt hatte immer noch eine Heidenangst vor dem gefallenen Riesen. Aus dieser Erkenntnis wuchs die Bewegung „Los von Preußen". Die Heftigkeit, der Sturm dieser Bewegung entspricht der Unerträglichkeit, der Verhaßtheit des Gedankens, vielleicht französisch werden zu müssen. Um das Rheinland für Deutschland zu retten, sich selber zu retten, daraus entstand die rheinische Bewegung. Dazu kam, daß die Revolution, die „Regierung" der Arbeiter- und Soldatenräte, den Bau des Reiches zu zertrümmern drohte. Und die Rheinländer glaubten — mit ihnen fast alle Grenzgebiete — mit einem vor dem Chaos in Berlin geretteten Freistaat im Westen noch retten zu können, was noch zu retten war. Vielleicht eine Ordnungs- und Keimzelle für das neue Reich. Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, daß es führende rheinische Köpfe gab, die glaubten, über die Rheinlandfrage wäre eine Teilnahme Deutschlands an der „Friedens-Konferenz" möglich zu machen.

Die rheinische Bewegung war zu Ende, als man im Rheinland erkannte, daß sie Frankreichs Geschäfte besorgen werde. Daß ein „Los von Preußen" zwangläufig zu einer Trennung vom Reiche führen müsse. Und als im März 1919 feststand, daß die Alliierten sich einer Annexion durch Frankreich energisch widersetzten, waren auch die letzten Ideologen bekehrt. Die Ausrufung der Rheinischen Republik in Wiesbaden am 1. Juni durch den ehemaligen Staatsanwalt Dorten war bereits ein Versuch am untauglichen Objekt. Hinter dieser Rheinlandbewegung stand zudem französische Hilfe, und damit war sie für die Rheinländer ein französischer Gewaltstreich. Seit dieser Zeit gibt es keine „rheinische Frage" mehr. Was an Sonderbündlern und Separatisten nach dieser Zeit ein kümmerliches Dasein fristete, ist nur pathologisch zu bewerten oder als landesverräterisch. Heute sind alle Separatisten nur noch als Landesverräter zu bezeichnen, denn sie arbeiten heute alle mit französischem Gelde und unter dem Schutz französischer Bajonette.

Seit dem Ruhreinbruch und dem Einsetzen der französischen Gewaltpolitik haben die Sonderbündler auf Befehl und mit Unterstützung der Franzosen eine erhöhte Tätigkeit entfaltet. Sie erhielten Zulauf von den Konjunkturpolitikern, den Geschäftstüchtigen, die mit den Franzosen arbeiten, und weiter von den Schwachen, Ängstlichen, um Haus und Geschäfte Besorgten, den durch die jahrelange Bedrückung Zermürbten. Und es gelang Frankreich mit Hilfe seiner Presse, auf diese Weise vor der Welt die Fiktion aufrecht zu erhalten, als ob es tatsächlich im Rheinland eine sogenannte rheinische Bewegung gäbe. Es wurde dabei offen gelassen, ob es sich nur um eine Loslösung von Preußen und ein Verbleiben im Verbande des Reiches handele oder um eine Trennung von Deutschland überhaupt. So kommt es, daß der Gedanke einer Neutralisierung der Rheinlande für die Welt gar nichts so Unmögliches mehr bedeutet. Es herrscht die Meinung, daß durch ein neutralisiertes Rheinland die Sicherheit Frankreichs gewährleistet sei, daß die Kampfhähne durch dieses neutrale Gebiet endgültig voneinander getrennt und der Frieden Europas so gesichert werden könnte.

Es wäre also durchaus nicht verwunderlich, wenn die Franzosen jetzt an die Sonderbündler den Befehl geben, das Experiment zu wagen und die Rheinische Republik auszurufen. Die Welt hat sich mit der Tatsache der widerrechtlichen Ruhrbesetzung abgefunden, die Franzosen könnten des Glaubens sein, sie würde sich auch mit der Tatsache einer Rheinischen Republik abfinden. Aber Deutschland kann und wird sich damit nicht abfinden, denn die Folge wäre die Loslösung vom Reiche, die Annexion. Deutschland wäre lebensunfähig. Mehr als 20 Millionen wären in dem Restdeutschland zu viel. Es wäre der Anfang vom Ende. Es würde niemals Frieden in Europa werden, eine riesengroße Irredenta wäre geschaffen und ein Ringen der Verzweiflung würde beginnen, daß Europa in Zustände stürzen müßte, die schlimmer wären als zu Zeiten des dreißigjährigen Krieges. Eine Rheinrepublik, wie die Franzosen sie sich wünschen, wäre ein neuer Giftstoff im Körper Europas. Ist Europa noch nicht krank genug?"

Die Stimmung in Warschau.

(Warschauer Sonderbericht des „Pos. Tagebl.".)

Die Stimmung, die uns jetzt bei Gesprächen mit Politikern aus allen Lagern entgegenschlägt, ist die eines wohlangelegten, weitverzweigten Katzenjammers. Der Ursachen hierfür gibt es viele. Zunächst die lückenlose Kette von beispiellosen Mißerfolgen, die der Außenminister Herr Seyda zusammengeflochten hat, und deren Ausarbeitung, wie die Blätter der Rechten ingrimmig feststellen, schon früher, unter den Ministern der Linken begonnen wurde. Und damit haben sie recht. Denn die fatale Entdeutschungs- und Polonisierungspolitik, die zunächst vom Internationalen Schiedsgericht im Haag und dann noch wirkungsvoller vom Rate des Völkerbundes in Genf verurteilt worden ist, kann mit ihren Liquidierungen und Ausweisungen nicht allein der heutigen Regierung als Schuld angerechnet werden. Zwei Dinge sind es nun, die die Katerstimmung auf ihren Gipfelpunkt haben steigen lassen. Zunächst die Zweifel, die nach der ersten freudigen Überraschung darüber entstanden sind, ob es Herrn Kucharski, dem Finanzminister, wirklich gelungen sei, wenigstens die amerikanische Anleihe unter Dach und Fach zu bringen. Die Ansichten der Bankwelt hierüber sind mehr als skeptisch, und man ist der Meinung, daß Herr Kucharski in seinen Mitteilungen an die Presse einen Optimismus an den Tag gelegt habe, der sich nicht mit den wahren Ergebnissen seiner Bemühungen decke. Selbst an der Möglichkeit, die amerikanische Anleihe binnen kurzem zu erhalten, werden Zweifel geäußert, zumal der Minister kein bestimmtes Datum für die Gründung der Emissionsbank, für die das amerikanische Geld als Deckung dienen soll, bekannt gegeben hat, sondern sich damit begnügte, zu erklären, die Bank werde „in zwei, sechs Monaten — oder später" ins Leben treten. Mit Entsetzen sieht man, wie trotz der Anleiheaussichten der Dollar in die Höhe klettert, und dementsprechend die Preise ihre Sprünge fortsetzen.

Den schwersten Schlag aber hat Polen nun in Genf erhalten, als es bei der Wahl zu den Mitgliedern des Völkerbundsrates durchfiel, nachdem es monatelang den eifrigsten Kampf um diese Kandidatur geführt hatte. Es war sogar mit den Baltenstaaten eine Art Abkommen getroffen worden, das darauf hinzielte, Schweden aus dem Rate zu eliminieren, und Polen an seine Stelle zu setzen. Der Zwist mit der Tschechoslowakei liegt noch in frischer Erinnerung, und es wurde alles getan, um die Wahl des Herrn Benesch zu verhindern. Schließlich suchte man sich so zu helfen, daß man sowohl mit den Staaten der Kleinen Entente als auch mit den Baltenstaaten darin übereinkam, daß sie sowohl für die Wahl des polnischen Kandidaten Skirmunt wie für Benesch stimmten, wenngleich die Wahl des letzteren, der in seinem „Ceske Słowo" so böse Worte an die Adresse Polens gerichtet hatte, nur mit innerem Widerstreben gutgeheißen wurde. Und nun muß Polen, ein Land mit fast 28 Millionen Einwohnern, erleben, daß ihm ein kleiner amerikanischer Staat bei weitem vorgezogen wird und daß die Tschechoslowakei, also ebenfalls ein Land, das an Bedeutung und Stärke hinter Polen zurücksteht, 30 Stimmen erhält und Polen nur 17. Natürlich werfen heute alle polnischen Blätter die Frage auf, wie sich ein solches Unglück hatte ereignen können. Die Blätter der Rechten schieben zum Teil die Schuld auf den Kongreß der Vertreter der aus Polen vertriebenen Minderheiten, deren „Verleumdungen", wie der „Kurjer Poranny" sagt, man nicht mehr habe entkräften können. Dazu habe die Zeit gemangelt. Es ist nur merkwürdig, daß gerade die Blätter von „Verleumdungen" sprechen, die stets am eifrigsten und wildesten die Durchführung der Polonisierungs- und vor allem der Entdeutschungspolitik gefordert haben und denen die Regierung nie schnell und durchgreifend genug bei allen diesen Vertreibungen und Liquidierungen vorging. Es läßt sich gewiß nicht leugnen, daß die Mitteilungen, die die aus Polen vertriebenen Deutschen, Ukrainer, Weißrussen sowie die Kundgebungen, die von jüdischer Seite schon seit langem gemacht worden sind, ihren Eindruck nicht verfehlten. Daß das nicht ausbleiben konnte, wurde schon in der Sonntagsausgabe des „Pos. Tagebl." gesagt.

Den schlimmsten Fehler hat die polnische Regierung in der letzten Zeit jedoch selbst begangen, als sie es zuließ, daß ihr nahestehende Blätter eine systematische Hetze gegen die Beschlüsse des Völkerbundes und die Gutachten des Haager Schiedsgerichtes richteten. Wenn die polnische Regierung gewußt hätte, wie sehr sie damit der Propaganda gegen eine polnische Kandidatur nützte, so hätte sie keinen Augenblick gezögert, diese Blätter zur Ruhe zu verweisen. Aber es scheint, daß man es in Polen nie lernen wird, die Passion hinter die Vernunft zurücktreten zu lassen. Wir schrieben, daß Polen nun den gleichen Fehler mache wie damals, als es in seinem Konflikt mit Danzig ebenfalls, und zwar durch den Mund des Herrn Seyda, seiner schlechten Laune gegen den Völkerbund freien Lauf ließ. Ein einziges Blatt, der „Kurjer Polski", hat heute den Mut, im gleichen Sinne, wie wir das getan haben, die eigenen Fehler zu bekennen. Das Blatt schreibt offen, daß es damals eine kapitale Dummheit gewesen sei, dem Völkerbund Parteilichkeit im Streite mit der Freien Stadt Danzig vorzuwerfen. Das Blatt geißelt diese ganze Hetze gegen den Völkerbund, der in der Wilna- und in der oberschlesischen Frage im polnischen Sinne entschieden habe, als ungerecht und töricht und rechnet mit den Posener Juristen ab, die laut verkündet hatten, daß die Entscheidungen des Völkerbundes und des Haager Gerichtes in der Frage der Enteignungen und der Staatszugehörigkeit die polnischen Behörden überhaupt nicht zu kümmern brauche. Wenn man aber einsieht, daß Polen das Vertrauen der Staaten mit seinem Verhalten eingebüßt hat, so bleibt nur eines übrig, nämlich: **daß Polen die in Genf gefallenen Beschlüsse in der Frage der Behandlung der deutschen Minderheiten streng ausführt und daß es mit einer Politik gegen diese deutschen Minderheiten bricht, die ihm das Vertrauen in seine Gerechtigkeit bei den Staaten des Völkerbundes gekostet hat.** Polen will eine Anleihe in England erhalten. Wir wiederholen bereits früher Gesagtes: Polen kann nicht, wie der Franzose sich ausdrückt, „die Kerze an beiden Enden anzünden". Entweder es will eine Anleihe in England (und hiervor hängt auch der Erfolg der amerikanischen Anleihe ab), und dann muß es sich an die Beschlüsse des Völkerbundes halten und dieses Institut, das England ernsthaft protegiert, in allen Stücken ehren und anerkennen. Oder es umgeht die Beschlüsse des Völkerbundes, dann muß es auf die Anleihen verzichten. Beides zusammen aber, Verachtung des Völkerbundes und trotzdem eine Anleihe, das dürfte sich als eine Unmöglichkeit herausstellen. Kommt aber die Anleihe wirklich zustande, so ist keinen Augenblick daran zu zweifeln, daß Polen aus seiner jetzigen Finanzmisere herauskommt, und bei der Fülle seiner natürlichen Reichtümer zu einem der wirtschaftskräftigsten Staatsgebilde des mittleren Europas zu werden verspricht. Denn daß der Tiefstand der polnischen Mark angesichts dieser Fülle von Bodenschätzen eine Lächerlichkeit ist, darüber dürften ernste Zweifel wohl kaum bestehen.

Rupprecht König von Bayern?

Dem „Kurjer Warszawski" wird aus Danzig berichtet, daß nach einer Meldung aus München Prinz Rupprecht, der frühere Kronprinz, zum König von Bayern ausgerufen worden ist. Gerüchte wollen von einer Trennung Bayerns vom Reiche wissen. Einige bayerische Firmen haben schon vor mehreren Tagen ihre Depots aus Berliner Banken herausgezogen.

*

Treuschwur der Rheinländer zum Deutschen Reiche.

Über hunderttausend Angehörige aller politischen Parteien und gewerkschaftlichen Richtungen schlossen sich auf dem Kölner Meßgelände zu einem **Schwur der Treue des Rheinlandes zum Reiche** zusammen. Die Massenkundgebung hatte einen noch nie gesehenen Umfang. Nach Gesangsvorträgen des Kölner Männergesangvereins sprach der dem Zentrum angehörende Stadtverordnete Schaeven. Im Namen des ganzen Rheinlandes, im Namen der Anhänger aller politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Richtungen gelobte er dem Deutschen Reiche Treue, verlangte die Heimkehr der Ausgewiesenen und die Freigabe der Gefangenen und lehnte die Bestrebungen der Sonderbündler entschieden ab. Die Rede wurde von starkem Beifall wiederholt unterbrochen. Die Versammelten nahmen einstimmig eine Entschließung an, in der es u. a. heißt: **Das Rheinland fühlt sich unerschütterlich mit dem deutschen Vaterland verbunden.** Es wird allen Versuchen, irgend eine Änderung seiner staatlichen Zugehörigkeit durchzusetzen, leidenschaftlichen Widerstand bis zum Letzten entgegensetzen. **Die Sonderbündler haben kein Recht, im Namen des rheinischen Volkes zu handeln und sich als Vertreter der rheinischen Bevölkerung aufzuspielen.** Wir erneuern und bekräftigen das alte Gelöbnis, mit allen Deutschen gemeinsam den steinigen Weg unseres Geschickes zu gehen. Wer sein Vaterland verrät, sich in niedriger Gesinnung fremden

Machthabern anpassen will, der steht jenseits der Reihen, die die überwältigende Mehrheit der Rheinländer gebildet haben. **Vor aller Welt berufen wir uns auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker.** In feierlichster Form verwahren wir uns gegen jeden Versuch, unser Recht auf Freiheit mit Füßen zu treten und das feste politische, wirtschaftliche und geistige Band zu zerschneiden, das uns mit dem ganzen Deutschland in guten wie in bösen Tagen verknüpft. Mit einem Hoch auf das deutsche unteilbare Vaterland schloß die Kundgebung.

Eupen—Malmedy und Belgien.

Die Gebiete von Eupen-Malmedy und St. Vith waren durch den Wiener Kongreß 1815 an Preußen gekommen. Der Kreis Eupen ist rein deutsch, im Kreise Malmedy sprechen unter 37 000 Einwohnern 900 wallonisch. Nie hat sich seit 1831, dem Entstehungsjahre des belgischen Staates, eine Stimme erhoben, welche den Wunsch nach einer Vereinigung mit Belgien Ausdruck gab. Trotzdem bestimmte das Diktat von Versailles, daß die Hoheitsrechte in diesem Gebiete, dessen Staatsforste allerdings ein Vielfaches des Wertes der gesamten belgischen Staatsforste ausmachen, vom Deutschen Reich auf Belgien überzugehen hätten, welches nachträglich eine Volksbefragung vornehmen wird. Der Bestimmung gemäß lagen durch 6 Monate Listen auf, in welche jeder, der das 21. Jahr überschritten hatte und seit August 1914 im Gebiete ansässig war, gegen die Einverleibung beider Kreise durch Belgien Protest einlegen konnte. Aber wer es wagte, zu protestieren, konnte sofort sein Bündel schnüren und abwandern. Denn eine belgische Dienstanweisung schloß alle, die protestiert hatten, von der Lebensmittelversorgung und von der Umrechnung der Mark in Franks aus. Es wurde aber auch jedem dieser „Verräter" Ein- und Ausfuhrbewilligung, Paßvisum und selbst Grenzübertritt von der Wohnung zur nahen Arbeitsstätte in Aachen verweigert; wovon also leben? Dem Scheine nach allerdings war das Selbstbestimmungsrecht gewahrt. Als die deutsche Reichsregierung in einer Note an die Friedenskonferenz Beschwerde führte, erklärte diese: „Es hat der Konferenz nicht geschienen, daß die Beschaffenheit der Volksbefragung nicht mit dem Geiste und den Klauseln des Vertrages übereinstimme."

Inzwischen sind drei Jahre vergangen. Man hörte wenig von Eupen und Malmedy, bis auf einige Meldungen, daß General Baltia, der Gouverneur, die Bewohner dieser „desannektierten" Gebiete, die niemals früher belgisch waren, für belgische Verwaltung so gewonnen hätte, daß sie nichts sehnlicher wünschten, als endgültig aus dem bisherigen Übergangsregime in den belgischen Staat eingegliedert zu werden. Von offizieller Seite wurde dann angekündigt, daß dies am 1. Januar 1924 erfolgen werde. Dann kamen wieder belgische Blätterstimmen, die, obwohl sie der Regierung sehr nahe stehen, die Ansicht äußerten, General Baltia habe seine Aufgabe mit so unerwartet gutem Resultat erfüllt, daß kein Grund vorliege, den jetzigen Zustand zu ändern. Auf diese einander widersprechenden Nachrichten sandten liberale Blätter, wie „Expreß" oder die Brüsseler „Dernière Heure", Redakteure nach Eupen-Malmedy, um der Bevölkerung von Neu-Belgien, wie man sagte, einmal den Puls zu fühlen.

Das Ergebnis ist sehr beachtenswert; denn der „Expreß" stellt fest, daß die im Friedensvertrag zugesprochenen Gebiete „durchaus nicht belgisch dächten". Man müßte im Gegenteil erkennen, daß dort noch viele gefährliche Elemente sehr deutsch gesinnt geblieben sind. Auch die „Dernière Heure" warnt die belgische Regierung und das belgische Volk vor der im Jahre 1918 und durch die Scheinabstimmung verbreiteten Ansicht, daß die Bewohner von Eupen-Malmedy und St. Vith Wallonen seien, wallonisch sprächen und Belgien als ihr Vaterland ansähen. In der Stadt Malmedy werde freilich eine Art Französisch gesprochen, aber in Eupen und St. Vith höre man nur deutsch. Und es wäre in Hinsicht auf die 1925 in Belgien stattfindenden Wahlen gefährlich, die Vertretung der Provinzen Lüttich und Luxemburg von den Stimmen der mit ihnen vereinigten Kreise Eupen und Malmedy abhängig zu machen.

Europas Zerrissenheit.

Europa zerfällt heute in folgende Staaten:

I. Nordische und Baltische: 1. Norwegen, 2. Schweden, 3. Finnland, 4. Dänemark, 5. Island, 6. Estland, 7. Litauen, 8. Lettland.

II. Westliche: 9. England, 10. Irland, 11. Belgien, 12. Frankreich, 13. Monaco, 14. Andorra, 15. Spanien, 16. Portugal, 17. Italien, 18. San Marino.

III. Mittlere: 19. Deutsches Reich—Saargebiet, 20. Schweiz, 21. Holland, 22. Luxemburg, 23. Danzig, 24. Deutschösterreich, 25. Lichtenstein, 26. Tschechoslowakei, 27. Ungarn, 28. Polen.

IV. Südöstliche: 29. Rumänien, 30. Südslawien, 31. Bulgarien, 32. Albanien, 33. Griechenland, 34. Türkei.

V. Östliche: 35. Rußland, das seinerseits wieder in etwa 8 durch Föderation verbundene Sowjet-Republiken (35—42) zerfällt.

Selbst wenn man die Scheinstaaten Rußlands, Irland, Island, die Zwergstaaten Monaco, Andorra, San Marino und Liechtenstein, ferner Danzig als halbsouverän ausscheidet, so bleiben noch immer 27 politisch und wirtschaftlich getrennte Staats- und Wirtschaftskörper, die auf Grund ihrer „Souveränität" der wirtschaftlichen Entwicklung Grenzen ziehen und den Verkehr zerschneiden. Ohne Zweifel ist die Entwicklung Europas zu einem solchen Schwamm von Kleinstaaten kein Fortschritt, sondern ein Rückschritt und eine der Quellen des europäischen Elends.

Republik Polen.

Unberechtigte Verpachtung fiskalischer Ansiedlungen

Der Präsident des Posener Bezirkslandamtes veröffentlicht in den polnischen Blättern folgende Warnung: „Es ist zur Kenntnis des Posener Bezirkslandamtes gekommen, daß Verwalter, die von Kreislandämtern auf „Annullierungsansiedlungen" eingesetzt wurden, unbefugterweise, das heißt ohne Wissen und Zustimmung des Bezirkslandsamtes, solche Ansiedlungen an andere Personen verpachten. Das Bezirkslandamt bringt zur allgemeinen Kenntnis, daß alle solche Ansiedlungen Staatsbesitz sind und daß die für sie bestellten Verwalter kein Recht haben, sie zu verpachten. Wir warnen vor dem Abschluß von Kauf- oder Pachtverträgen mit Verwaltern solcher Ansiedlungen. Wer auf Grund eines solchen Vertrages eine der in Betracht kommenden Ansiedlungen übernimmt, setzt sich großen Verlusten aus und läuft Gefahr, auf dem Wege der Exmission zum Verlassen der Ansiedlung gezwungen zu werden. Personen, die derartige Verträge schon geschlossen haben, müssen dies sofort schriftlich an das Bezirkslandamt melden und genau Lage und Nummer der in Betracht kommenden Ansiedlung angeben sowie den Namen des Verwalters, mit dem sie den Vertrag schlossen."

Eisenbahntarife nach Zloty-Berechnung.

Wie polnische Blätter mitteilen, wird beabsichtigt, die Eisenbahntarife, und zwar sowohl die Personen- wie die Gütertarife, auf den Zloty zu basieren. Die dazu erforderlichen Vorarbeiten sind bereits im Gange.

Die Steuer auf Zündhölzer.

Auf Grund einer Verfügung des Ministerrats ist die Steuer auf Zündhölzer, die bisher 120 Mark betrug, vom 1. Oktober ab auf 600 Mark für die Schachtel, die 60 Zündhölzer enthält, erhöht worden.

Die Volkszählung in Polnisch-Schlesien.

Das statistische Hauptamt in Warschau befaßt sich zurzeit mit den ersten vorbereitenden Arbeiten betreffs der Volkszählung in den Gebieten Oberschlesiens und Wilnas. Diese Volkszählung ist als Ergänzung der ersten allgemeinen Volkszählung vom 1. Oktober 1921 anzusehen, welche sich nicht auf die genannten, damals der Republik noch nicht einverleibten Gebiete erstreckt.

Die Befugnisse des schlesischen Sejm.

Ein Streit, der zwischen dem Schlesischen Sejm und der Regierung in Warschau entstanden ist, scheint eine interessante Wendung zu nehmen. Der Delegierte des Finanzministers erklärte dem Schlesischen Sejm brieflich, daß es ihm nur im Einvernehmen mit der Regierung in Warschau gestattet sei, Anleihen aufzunehmen. Es handelt sich also um eine Zuständigkeitsfrage. Nach dem Gesetz hat die schlesische Finanzkasse (eine zu Recht bestehende Einrichtung) Anspruch auf 60 Prozent der allgemeinen Abgaben, wofür mit Ausnahme der Post, Eisenbahn und des Militärs die eigenen und staatlichen Agenden einschließlich des gesamten Schulwesens unterhalten werden. Der Rest fließt der Staatskasse zu. Da die Regierung mehr als 40 Prozent der Abgaben bezieht und nicht so viel Ausgaben wie in den anderen Wojewodschaften zu bestreiten hat, hat der Brief des Delegierten des Finanzministers einiges Aufsehen erregt. In der nächsten Zeit wird sich, wie verlautet, der Schlesische Sejm mit dieser Frage beschäftigen.

Verschärfung der Lage in der oberschlesischen Industrie.

Die Verhandlungen zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitern der oberschlesischen Industrie wurden abgebrochen. Die Arbeiter verlangten eine 50prozentige Erhöhung der Löhne. Jetzt wandten sie sich an das Arbeitsministerium um Vermittelung, da in einem ähnlichen Falle im Dombrowaer Gebiet das Ministerium einen Vertreter geschickt hat. Dieser soll nach Beendigung seiner Tätigkeit im Dombrowaer Gebiet nach Kattowitz kommen. Falls die Differenzen nicht auf dem Verhandlungswege erledigt werden, droht ein Generalstreik auszubrechen.

Aus der polnischen Presse.

Zu den Eisenbahntarifkuriosa,

die auch im „Posener Tageblatt" behandelt wurden (vgl. „Pos. Tagebl." Nr. 217), schreibt jetzt die Posener Eisenbahndirektion dem „Kurjer Poznański": „Der Unterschied in den Preisen der Fahrkarten von Posen nach Königshütte und nach Krakau stammt daher, daß auf den in Betracht kommenden Strecken zum Teil der polnische, zum Teil der deutsche Tarif in Anwendung gebracht werden muß und daß bei Anwendung des deutschen Tarifs eine Umrechnung nach dem von dem Eisenbahnministerium dekadenweise festgesetzten Kurs vorgenommen werden muß, der vom 1. September bis zum 10. September 10 Pfg. für eine deutsche Mark betrug. Da der deutsche Personentarif am 20. August um 900 % und am 1. September um weitere 300 % erhöht wurde, der polnische Tarif aber am 1. September nur um 100%, entstand in den Preisen der nach verschiedenem Kurse berechneten Fahrkarten jener auffällige Unterschied. Der Unterschied aber zwischen den Preisen der auf dem Posener Bahnhof und in der Verkaufsstelle „Orbis" gekauften Fahrkarten stammte daher, daß wir am 5. September eine nach Goldmark berechnete neue Zusammenstellung der deutschen Tarifsätze bekamen, die zur Folge hatten, daß nach Umrechnung die Fahrkarten hier billiger wurden als im August. Wir weisen darauf hin, daß wir in Anbetracht des zu erwartenden weiteren Sinkens der deutschen Mark uns an das Eisenbahnministerium gewandt haben mit dem Antrag auf Umgestaltung der Preisberechnung auf den in Betracht kommenden Strecken. Wir hoffen, daß diese Mißstände in der nächsten Zeit behoben sein werden."

„Wir müssen bescheidener sein",

überschreibt der „Kurjer Polski" einen Aufsatz in seiner Nr. 267, der sich mit den Theaterausständen in Warschau beschäftigt und einige allgemeine Erwägungen daran knüpft. Er sagt:

„Ich glaube den Schauspielern, daß sie (vielleicht mit wenigen Ausnahmen) nicht ausreichend besoldet werden, besonders wenn ich in Betracht ziehe, wie hohe Ausgaben sie haben (in erster Linie die Schauspielerinnen). Ich glaube auch dem Besitzer des Theaters, daß er nicht imstande ist, solche Gehälter zu zahlen, wie die Schauspieler sie verlangen. Wo zwei streitende Parteien beide Recht haben, beginnt eine Tragödie, sagt Hebbel. An eine dritte Partei muß aber gedacht werden: an das Publikum, das jetzt schon infolge der hohen Eintrittspreise den Zuschauerraum nicht füllt und das bei einer neuen Preiserhöhung wahrscheinlich in noch geringerer Zahl das Theater besuchen wird.

Ein Labyrinth? Eine Lage, aus der es keinen Ausweg gibt? Das wäre es, wenn man nicht eine gründliche Änderung vornähme. Es erweist sich, daß das Theater sich nicht ausschließlich auf die wohlhabenden Schichten stützen kann. Die Reichen können nicht in allen Vorstellungen den Zuschauerraum füllen. Der größte Teil des Publikums aber kann dem Theater nicht so viel Geld zahlen, wie erforderlich ist, wenn das Theater so wie gegenwärtig betrieben werden soll. Der Theaterdirektor hatte bis jetzt ungeheure Ausgaben für die äußere Ausstattung und verlangte von den Schauspielern und Schauspielerinnen kostbare Kostüme. Der Betrieb wurde immer auf großen Fuß gestellt. Dabei ging man von der Voraussetzung aus, daß die neuen Reichen alles bezahlen können. Diese Voraussetzung hat sich als trügerisch erwiesen. Trotz aller Lockungen des Spielplanes, der ganz nach dem Geschmack der neuen Reichen gestaltet wurde. Es half weder das Herabsteigen von der früheren künstlerischen Höhe, noch die Steigerung der Kosten der äußeren Ausstattung und der Kostüme.

So entstand die Lage, aus der es keinen Ausweg zu geben scheint. Es kam die Katastrophe. Außer den Operetten gibt es gegenwärtig in Warschau kein einziges Theater, das nicht mit dauernd wachsenden Fehlbeträgen arbeitete. Das ist die Folge des Wirtschaftens über seine Verhältnisse, und dieses Wirtschaften über seine Verhältnisse ist ein charakteristischer Zug unseres Lebens auf allen Gebieten und die Quelle vieler derartiger Katastrophen.

Um bestehen zu können, um die gegenwärtigen Zeiten zu überdauern, muß das Theater bescheidener werden: bescheidener nicht in seinen künstlerischen Ambitionen, wohl aber in den Äußerlichkeiten."

Der Küstriner Putsch niedergeschlagen.

Das Küstriner Abenteuer hat ein schnelles Ende gefunden. Ein Einsatz der nach Küstrin herangezogenen militärischen Verstärkungen war nur in geringem Umfange nötig. Die Aufständischen in einer Gesamtstärke von ca. 400 Mann unter einem Dutzend Rädelsführer sind restlos gefangen und entwaffnet worden. Bei der Säuberung der Umgebung von Küstrin wurde noch eine Abteilung von etwa 30 Köpfen ausgehoben. Das Feuergefecht am Montag Abend brachte auf seiten der Aufständischen einen Toten und einige Schwer- und Leichtverwundete. Die Truppe hat keine Verluste zu beklagen. Die nach Küstrin herangezogenen auswärtigen Truppenteile sind schon am Dienstag in ihre Standorte zurückgekehrt.

Silvester Bruhns Tochter.

Ein hanseatischer Kaufmannsroman von Günter v. Hohenfels.

(9. Fortsetzung.)

Störtebecker unterbrach: „Noch eines. Ich weiß bestimmt, daß der ‚Porfirio Diaz' ursprünglich erst morgen auslaufen sollte und noch nicht einmal fertig geladen hatte. Nicht wahr, Herr Swendholm?"

„Das ist richtig."

„Jetzt ließ er ihn zu früh auslaufen. Warum hat er nicht in Bremerhaven gewartet, wenn er schon aus purem Eigensinn hier fort wollte? Läßt ein guter Kaufmann, wie Herr Silvester Bruhns, einen Dampfer zu früh ausfahren nur aus einer Laune?"

Swendholm konnte nicht umhin, bitter zu sagen: „Herr Störtebecker, Sie sprechen, als wären Sie der Staatsanwalt."

„Ich tue nur meine Pflicht."

Der Richter unterbrach.

„Keinen Streit, meine Herren. Nach dem Befund, nach dem Gutachten des Herrn Gerichtsarztes Dr. Köber und nach den klaren Angaben des Herrn Silvio Bruhns unterliegt es in der Tat wohl kaum noch einem Zweifel, daß Herr Silvester Bruhns seinen Bruder erschossen oder in anderer Weise getötet und dann die Leiche in dem Keller verborgen und vermauert hat. Es ist ferner klar, daß er sich einer Entdeckung durch die Flucht entzog. Hat er bedeutende Mittel mitgenommen?"

Wieder fiel Störtebecker ein.

„Er besitzt Liegenschaften in Argentinien."

„Ist das Schiff aufzuhalten?"

„Es ist zweifellos auf hoher See und wird die deutsche Hoheitsgrenze passiert haben, ehe es möglich wäre, ein Polizeiboot nachzusenden."

Der Richter wandte sich an Swendholm.

„Und nun, Herr Swendholm, es ist Ihre Pflicht, uns zu helfen. Wissen Sie denn nicht, wie sich Herr Bruhns in jenen Tagen benahm?"

Swendholm war verbissen: „Ich weiß es nicht mehr, und wenn ich es wüßte, würde ich jede Aussage verweigern, solange ich keine Möglichkeit finde, meinen Chef von diesem unwürdigen Verdacht zu reinigen."

„Jedenfalls bleibt uns nichts übrig, als augenblicklich gegen Herrn Bruhns die Anklage wegen Mordes zu erheben und einen Steckbrief zu erlassen. Herr Doktor, ist es möglich, die Todesursache noch festzustellen?"

„Ich werde es versuchen, aber ich fürchte es wird nicht mehr möglich sein."

„So kommen Sie, meine Herren!"

Swendholm stellte sich ihm in den Weg.

„Herr Landgerichtsrat, das darf nicht geschehen. Wenn etwas von diesem schrecklichen Verdacht in die Öffentlichkeit dringt, ruinieren Sie die Firma. In vier Wochen ist das Schiff in Buenos Aires. Dann kann er telegraphisch —"

Der Richter lächelte.

„Dann hat er es, falls er schuldig ist, woran ich nicht zweifle, längst in einem anderen Hafen verlassen."

„Und die Tochter?"

Der Richter blieb stehen.

„Die arme Johanna! Ich kann nicht verhehlen, daß sie mir in der Seele leid tut, aber — es ist unsere Pflicht, Herr Swendholm, und die müssen wir erfüllen — immer ohne Ansehen der Person. Herr Baurat, die Arbeiten müssen natürlich unterbleiben, bis das Gericht entschieden hat, ob wir den Raum freigeben können. Ich werde den Schlüssel an mich nehmen. Herr Swendholm, Sie sind wohl der Berufene, die Tochter in Kenntnis zu setzen. Es ist eine schwere Aufgabe, aber auch mir wird diese Anklage nicht leicht. Ich habe in Herrn Silvester Bruhns immer ein Vorbild eines redlichen Mannes gesehen. Ich beklage tief, wohin ihn sein Jähzorn führte. Kommen Sie, meine Herren!"

Silvio Bruhns hatte kein Wort mehr gesprochen, in sich zusammengesunken hatte er dagesessen, auch jetzt blieb er zurück. Als die anderen gegangen, stand er auf.

„Herr Swendholm?"

Der alte Prokurist sah ihn feindlich an.

„Was wünschen Sie noch?"

„Ich bitte Sie, Fräulein Johanna zu sagen, daß ich auch jetzt noch nicht an das Furchtbare glaube. Daß ich überzeugt bin, daß Onkel Silvester einer solchen Tat unfähig ist."

Swendholm sah ihn an.

„Das sagen Sie, weil Sie Fräulein Johanna zu lieben glauben."

„Nein, weil ich fest überzeugt bin. Ich wollte, der Onkel wäre hier und könnte sprechen. Ich bitte, sagen Sie das Johanna."

Er ging langsam hinaus, und der Alte vergaß seinen Gruß zu erwidern.

Jetzt war er allein. Er preßte die Hand vor die Stirne.

„Arme Johanna!"

Dann schritt er langsam und wie gebrochen die Treppe hinauf, die in die oberen Wohnräume führte.

Oben in dem traulichen Erkerzimmer, das mit seinen kleinen Ölgemälden und altertümlichen Silhouetten wie eine Ahnengalerie des Kaufmannsgeschlechts anmutete, nur daß die Ahnenbilder nicht protzig von der Höhe eines Saales schauten, sondern in einzelnen Kassetten das vollständig holzgetäfelten, niedrigen Zimmers eingetäfelt waren, saß Johanna dem alten Swendholm gegenüber. Sie war merkwürdig gefaßt. Wortlos hatte sie die ganze Erzählung mit angehört. Kein lautes Aufweinen, kein wildes Schmerzausbruch hatte ihn unterbrochen. Nun war er zu Ende und sah sie an. Aber ihr Auge wandte sich ihm nicht zu. Ihre schlanke Hand lag auf dem Nähtisch der Mutter, und ihr Blick schweifte hinaus über die Straße. Nun sagte sie leise: „Armer, armer Vater! Mir ahnte, daß uns ein Unglück drohte!"

Swendholm wollte trösten. Diese Ruhe, diese nur ganz leise zitternde Stimme, die doch so fremd klang, waren erschütternder als ein tobender Weinkrampf. (Fortsetzung folgt.)

Eröffnung der britischen Reichskonferenz.

Die Teilnehmer.

Aus London meldet ein Eigenbericht der „D. A. Z.“: Auf die Wichtigkeit der **10. britischen Reichskonferenz** sowohl für das britische Imperium selbst wie für alle weltpolitischen Fragen einschließlich der Fragen der Reparationen, interalliierten Schulden und des französisch-belgischen Ruhreinbruchs ist bereits mehrfach hingewiesen worden. **Die Konferenz umfaßt bei voller Besetzung** folgende Teilnehmer:

Großbritannien: Ministerpräsident Baldwin als Präsident, Kolonialsekretär Herzog von Devonshire als Vorsitzender. Die übrigen Mitglieder des Kabinetts werden nach Bedarf herangezogen.

Kanada: Ministerpräsident Mackenzie-King, Justizminister Sir Lomer Gouin, Verkehrsminister Graham.

Australien: Ministerpräsident Bruce, Gesundheitsminister Wilson.

Südafrika: Ministerpräsident General Smuts, Finanzminister Burton, Justizminister de Wet.

Neuseeland: Ministerpräsident Massey.

Neufundland: Ministerpräsident Warren.

Irischer Freistaat: Präsident Cosgrave, Minister für Äußeres Fitzgerald.

Indien: Staatssekretär für Indien Viscount Peel, Maharajah von Alwar Sir Bahadur Sapru.

Kronkolonien und Protektorate: Parlamentarischer Unterstaatssekretär für Kolonien Ormsby-Gore.

Die Tagesordnung dürfte erst in der ersten Woche endgültig festgelegt werden. Baldwin hat das Programm folgendermaßen umrissen: Es wurde vorgeschlagen, wie im Jahre 1921 bei der Eröffnungssitzung in großen Zügen die Richtlinien der Reichspolitik festzulegen. Danach sollen zunächst die außenpolitischen Angelegenheiten seit der Konferenz von 1921 und weiter die Probleme der Gegenwart und die Politik der Zukunft besprochen werden. In zweiter Linie stehen Verteidigungsfragen zu Lande, zur See und in der Luft zur Diskussion einschließlich eines Überblicks über die Lage, wie sie sich aus den Abmachungen auf der Washingtoner Konferenz ergeben hat. Je nach dem Fortgang der Beratungen werden grundsätzliche Fragen behandelt, die auf der Wirtschaftskonferenz auftauchen und die im Zusammenhang mit politischen Fragen stehen, wohin u. a. Reichsverkehrsfragen gehören.

Die Eröffnungsrede Baldwins.

Aus London meldet Telegraphen-Union unter dem 1. Oktober: In der Rede, mit der Premierminister Baldwin die heutige erste Sitzung der britischen Reichskonferenz eröffnete, hieß er zuerst die Vertreter der Dominions und Kronkolonien willkommen. Er machte darauf aufmerksam, daß die britische Reichskonferenz durch das Hinzukommen des irischen Freistaates sich vergrößert habe, und begrüßte dessen Hauptvertreter, den Präsidenten Cosgrave, besonders herzlich. Der Premierminister ging dann zu einem Überblick über die internationale Lage über. Nachdem er in kurzen Ausführungen die Entwicklung geschildert hatte, die die **Frage der deutschen Reparationen** in der letzten Zeit genommen hat, sagte er: „Die Noten, die zwischen uns und der französischen Regierung seit der Januarkonferenz über diese Frage gewechselt worden sind, haben immer mehr und mehr zu einer ernsthaften Meinungsverschiedenheit über die Methode geführt, durch die am besten Reparationen zu erlangen sind und durch die ein dauernder Friede in Europa gesichert werden kann. Diese Gegensätze sind auf Unterschiede der Temperamente und der Ziele (Also doch!) der beiden Nationen zurückzuführen. Deren Vorhandensein zu leugnen, wäre töricht, aber die letzten zwanzig Jahre haben gezeigt, daß sie mit einer Zusammenarbeit angesichts der schweren Gefahren nicht unvereinbar sind. Wir haben jeden Weg eingeschlagen und eingehalten, **um die Solidarität unter den Verbündeten und vornehmlich mit Frankreich aufrechtzuerhalten.** Wir haben das in dem Glauben getan, daß jeder Bruch zwischen uns den Frieden verzögern würde, den Europa jetzt so nötig hat. Ich weiß, daß die Geduld, die wir in unseren Versuchen bewiesen haben, unsere guten Beziehungen zu Frankreich zu erhalten, uns als **Unschlüssigkeit und Schwäche** ausgelegt worden ist. Aber wir handelten nach dem Worte Disraelis: **eine mäßigende und mittelnde Macht** im Rate der Völker Europas zu sein. (Die Tatsachen zeigen freilich, daß es Baldwin trotz seiner Nachgiebigkeit nicht im geringsten gelungen ist, Poincaré in seinem Vorgehen zu mäßigen.) Unser aufrichtigstes Bestreben war, unsere Freundschaft mit Frankreich zu erhalten. In diesem Augenblick scheinen wir mit der Aufgabe des passiven Widerstandes in eine neue Phase einzutreten. Wie die neue Lage sich weiter entwickeln wird, vermag ich hier natürlich nicht vorauszusagen. Aber eines war uns, als ich mich in Paris mit dem französischen Ministerpräsidenten vor wenigen Tagen unterhielt, vollkommen klar und wird uns täglich klarer: **Nur durch ein gemeinsames Zusammenwirken und vollkommenes gegenseitiges Vertrauen zwischen den Verbündeten kann die Hoffnung erfüllt werden, Europa aus seiner gegenwärtigen schwierigen Lage zu retten.**“

(Der Sinn dieser letzten Erklärung ist doch wohl, daß bei der Zusammenkunft Poincaré unzweideutig erklärt hat, daß er, im Falle ihm England ernste Schwierigkeiten macht, zum äußersten entschlossen ist.)

Englische Augenzeugen über die Vorgänge in Düsseldorf.

„Daily Telegraph“ veröffentlicht einen Bericht seines Sonderberichterstatters in Düsseldorf, **in dem festgestellt wird,** daß die Schutzpolizei, als sie zur Wiederherstellung der Ordnung ihren Standort verließ, **von den Separatisten** sofort bei ihrem Erscheinen **mit scharfen Schüssen empfangen** worden sei. Die Schutzpolizei habe zunächst in die Luft gefeuert. Als sie der andauernden Schießerei der Separatisten ausgesetzt war, habe sie energisch eingreifen müssen. Die Tatsache, daß sich unter 10 Getöteten und 17 Verwundeten **3 getötete und 13 verwundete Polizisten** befanden, sei ein Beweis dafür, daß die Polizei einem entschieden **bewaffneten Widerstand** gegenübergestanden habe. Dem Berichterstatter zufolge wird die Tötung der beiden Polizisten durch Separatisten vor den Augen der französischen Kavalleristen vollständig bestätigt durch einen amerikanischen Studenten aus Oxford, der diese Episode aus kurzer Entfernung miterlebte.

Der Düsseldorfer Korrespondent der „Times“ berichtet, daß die heftigsten Auftritte des Roten Sonntags sich **erst nach dem Eingreifen der Franzosen** ereigneten. Die deutsche Polizei habe jedermann passieren lassen, der der Aufforderung „Hände hoch“ nachgekommen sei. Die Straßen seien bereits geräumt gewesen, und er, der Berichterstatter, habe sich selbst in sein Hotel begeben, da er geglaubt habe, daß jetzt alles vorüber sei. Da aber seien zwanzig französische **Kavalleristen an der Spitze der rheinischen** Separatisten angekommen. Diese hätten **einen deutschen Polizisten entwaffnet und ihn nachher den Separatisten überlassen, die ihn auf die schändlichste Weise ermordeten.** Der gleiche Vorgang habe sich auch an anderer Stelle wiederholt, bis sich endlich eine andere französische Kavallerieabteilung zum Schutze der deutschen Polizisten entschlossen habe.

Ebenso berichtet der Düsseldorfer Vertreter der „Daily News“, er habe gesehen, **wie die Franzosen die deutschen Polizisten zuerst entwaffneten, um sie dann durch Separatisten totschlagen zu lassen. Darauf hätten sich Separatisten und Kavalleristen die Hände geschüttelt.** Auch der Vertreter des „Daily Chronicle“ war Augenzeuge einer solchen Szene, die sich in der Nähe des Reichenberger Hofes abgespielt habe. Entwaffnete Polizisten seien unter den Augen der Franzosen niedergeschlagen worden, ohne daß diese dazwischentraten. Der Korrespondent drahtet: „Man sagt, daß die deutsche Polizei geschossen habe. In den beiden Fällen aber, in denen ich dies gesehen habe, hat die Polizei in die Luft geschossen. Dagegen habe ich gesehen, wie ein Separatist hinter einem Denkmal in die Menge hineingeschossen hat.“

Völlige Verwirrung in Düsseldorf.

Die Stadt hat zwar wieder ihr normales Aussehen, doch ist die Stimmung der Bevölkerung noch ziemlich erregt. Man befürchtet neue Zwischenfälle, da sich **noch zahlreiche Stoßtrupps der Sonderbündler in Düsseldorf** aufhalten. Die Franzosen haben die Verkehrssperre verschärft. Von 10 Uhr abends ab darf sich niemand mehr auf den Straßen aufhalten. Wie erst jetzt bekannt wird, haben die Sonderbündler in der Nacht vom Sonntag zum Montag einen **Sturm auf das Rathaus** unternommen, der jedoch mißlungen ist. Bei dem Abtransport der Sonderbündler hat die Regie vollkommen versagt. Es herrschte ein furchtbares Durcheinander auf den Bahnhöfen. Die Franzosen mußten für die Sonderbündler in Düsseldorf ein Massenquartier einrichten. Montag nachmittag gab es eine **Meuterei im Gefängnis. 60 Sträflinge sind entflohen,** doch konnte eine Anzahl von ihnen wieder gefangen genommen werden. Die Gewerkschaften haben die Aufforderung erlassen, daß keine Kundgebungen mehr geduldet werden sollen, wenn die Teilnehmer bewaffnet sind.

Soweit die Schupomannschaften nicht verhaftet worden sind, werden sie entwaffnet von den Franzosen in der Kaserne bewacht. Der Hindenburgwall, der Schauplatz der Kämpfe, wurde am Montag von zahlreichen Leuten besucht.

Beabsichtigter Protest der deutschen Regierung. Wie das „B. T.“ von zuständiger Stelle erfährt, ist beabsichtigt, wegen der Vorfälle in Düsseldorf und des Eingreifens der französischen Truppen gegenüber der deutschen Schutzpolizei **bei der französischen Regierung Protest einzulegen.** Die zu erwartende Protestnote wird sofort nach Eingang der nötigen amtlichen Unterlagen aus Düsseldorf, die bei den Verkehrsschwierigkeiten mit den besetzten Gebieten immerhin noch einige Zeit auf sich warten lassen werden, nach Paris abgesandt werden.

Unzufriedenheit in Frankreich.

Der „Intransigeant“ erklärt, man erwarte, daß die Regierung sich in die innere Politik Deutschlands nicht einmischen und sich darauf beschränken werde, jede Störung der Ordnung zu verhüten. Diese äußerst dehnbare Erklärung geht aber manchem Vertreter der öffentlichen Meinung Frankreichs doch zu weit. Es stellt sich heraus, daß es selbst unter den treuesten Vorkämpfern der Ruhrpolitik Männer gibt, denen eine **Verbindung mit den rheinischen Landesverrätern als widerwärtig und überdies als politisch unklug** erscheint. René d'Aral rät im „Gaulois“ von jeder Einmischung ab. Philippe Millet erklärt es im „Paris Midi“ für einen schweren Fehler, „**für eine bedauerliche und schmerzliche Tatsache**“, **daß die französischen Soldaten gestern eingeschritten seien.** Die Meinung der Welt werde dazu gebracht, der Besatzungsbehörde vorzuwerfen, daß sie im Ruhrgebiet eine Rolle spiele, die ihr nicht zukomme. Jede Intervention werde die Wirkung haben, die Absichten Frankreichs zu diskreditieren. Ein halbes Dutzend radikaler Zeitungen nennt es unnütz für Frankreich, sich mit Verrätern wie Matthes und Dorten zu kompromittieren.

Liquidierung des Kommunistenputsches in Bulgarien.

Der Sonderkorrespondent der „Politica“ berichtet aus Sofia: Heute kann definitiv gesagt werden, daß es den Regierungstruppen gelungen ist, den kommunistischen Aufstand zu unterdrücken und sich aller Ortschaften zu bemächtigen. Bei der neuerlichen Einnahme Widins, die gestern abend erfolgte, nahmen die Regierungstruppen **über 1000 Aufständische gefangen. Sie wurden sämtlich niedergemacht.** In Widin selbst haben die Aufständischen während ihrer Herrschaft **über 200 Staatsbeamte, Kreispräfekten und viele Offiziere getötet.**

Nach einem anderen Bericht des gleichen Korrespondenten haben die Regierungstruppen auch Orhovos eingenommen. Es war das die letzte Ortschaft, die die Aufständischen noch besetzt hielten. Nachdem sie aus allen Ortschaften vertrieben sind, halten sich die Aufständischen jetzt in den Bergen auf. Seitens der Regierung wurde kundgegeben, daß im ganzen Lande die Ruhe wieder hergestellt sei und daß die Truppen Herren der Lage seien. Der Verkehr ist auf allen Bahnstrecken wieder aufgenommen, ausgenommen bei Ferdinandowo, wo die Eisenbahnlinie von den Aufständischen stark beschädigt wurde.

Auf serbischem Gebiete befinden sich eine große Anzahl geflüchteter Aufständischer. Bis heute früh trafen in Nisch über tausend bulgarische Bauern ein, die an den Kämpfen gegen die Regierungstruppen teilgenommen hatten. Die serbischen Grenzbehörden werden ab heute alle bulgarischen Flüchtlinge nach Nisch abtransportieren, wo sie solange verbleiben werden, bis über ihr Schicksal entschieden sein wird. Der letzte Akt des kommunistischen Aufstandes in Bulgarien endete vorgestern bei Ferdinandowo, wo die Anhänger des Sowjetregimes den letzten Widerstand versuchten, jedoch geschlagen und zerstreut wurden.

Aus den Baltenstaaten.

Die Eröffnung des litauischen Sejm.

Über die Eröffnung des litauischen Sejm wird berichtet: Die Sejmsitzung wurde von dem Sejmmarschall, Geistlichen Staugaitis, eröffnet, der nach der Begrüßungsansprache als bedeutendstes Ereignis während der Sejmferien auf den Besuch der Delegation des englischen Parlaments hinwies. Ein zweites Ereignis sei der Beschluß der Botschafterkonferenz vom 9. August über die Memelfrage, in deren Angelegenheit ein fremder Staat sich nicht wird einmischen dürfen. „Ich zweifle nicht daran,“ betonte der Sejmmarschall, „daß unsere Regierung entsprechende Schritte in dieser Angelegenheit unternehmen wird.“ — Der Sejm hat ein reiches, wichtiges Arbeitsprogramm zu erledigen: Annahme und Ratifizierung von Verträgen mit fremden Staaten, Regelung des Budgets für das laufende Jahr, Errichtung einer Seeschule, einer Hypothekenbank usw.

Die nationalen Minderheiten Estlands.

Die Vertreter der völkischen Minderheiten Estlands haben dem neuen Staatspräsidenten der Republik K. Päts anläßlich der Verhandlungen des Völkerbundes über den Schutz der estländischen Minoritäten eine Entschließung unterbreitet, in welcher auf der einen Seite die Verpflichtung der Minderheiten betont wird, ihre Rechte mit allen gesetzlichen Mitteln zu vertreten, auf der andern Seite aber dem Wunsche Ausdruck gegeben wird, innerestländische Gegensätze in friedlichem Zusammenarbeiten mit der Regierung selbst und nicht vor einem internationalen Gerichtshof auszutragen. In der Überzeugung, daß auch die Staatsregierung dem Schutze der Minderheitenrechte die größte Bedeutung beimesse — sei doch Estland mit seinen Minderheiten in Rußland an einer Wahrung dieser Rechte aufs stärkste interessiert —, richten die Minderheiten Estlands an die Regierung die Bitte, bei der Ausarbeitung der Antwortnote an den Völkerbund gewählte Vertreter der von den völkischen Minderheiten berufenen Organisationen zur Mitarbeit heranzuziehen. Unterzeichnet ist diese Entschließung von dem neuen Vorsitzenden der deutsch-baltischen Partei, Rechtsanwalt G. Kreß, sowie von dem Vorsitzenden des russischen Nationalverbandes in Estland und dem Vorsitzenden des schwedischen Volksverbandes. Der Staatsälteste versprach, die Eingabe der völkischen Minderheiten bei der nächsten Regierungssitzung vorzulegen.

Die einzige deutsche Schule in Finnland,

die 1881 in Helsingfors gegründet, bei Kriegsausbruch geschlossen und 1918 wieder eröffnet wurde, besteht gegenwärtig aus einem Kindergarten und fünf Klassen. Die Unterrichtssprache ist deutsch und die gesamte Bildungs- und Erziehungstätigkeit ist von deutschem Geist durchdrungen. Die Schule, die seit Frühjahr 1922 unter der Obhut des Deutschen Schulvereins steht, ist nun, wie „Deutsch-Evangelisch in Finnland“ berichtet, vor die wichtige Frage gestellt, ob sie sich zu einer Bildungsanstalt auswachsen soll, die in 8 Klassen ihre Zöglinge bis zum Abiturium führen wird. Dieser Ausbau der Schule zur Vollanstalt wäre allerdings mit großen Opfern verknüpft, es ist aber zu hoffen, daß er trotzdem durchgeführt wird. Werden doch in Finnland deutsche Sprache und Kultur geschätzt, wie vielleicht nirgends im Ausland, und wurde doch in den letzten Jahren ihrer Arbeit der Deutschen Schule die große Genugtuung zuteil, daß auch die finnische Elternschaft ihre Kinder vertrauensvoll der Schule zugeführt hat.

Sowjetrußland.

Wissenschaftliche Expeditionen in Sowjetrußland.

Eine Expedition zur Erforschung der Bedingungen, unter denen der vom Aussterben bedrohte Wisent erhalten bleiben könnte, begibt sich demnächst ins Kubangebiet (Kaukasus). Auch dem Biber, der in Rußland mehr und mehr verschwindet, soll wissenschaftliche Aufmerksamkeit zuteil werden. Die Erhaltung seltengewordener Tiere und Pflanzen läßt sich am leichtesten in Naturparks nach amerikanischem Muster ermöglichen und zurzeit wird die Einrichtung von 23 solcher Parks in verschiedenen Teilen Rußlands erwogen.

Wiederaufbau der Festung Wladiwostok.

Der Hauptbefehlshaber der roten Truppen in Sibirien, Uborowitsch, hat Befehl gegeben, alle Vorbereitungen zum Wiederaufbau der Festung Wladiwostok zu treffen.

Eine allrussische Automobilwettfahrt

begann in Moskau am 16. September. Sie führte über 1600 Werst durch zehn russische Gouvernements. Unter den starken Maschinen befand sich das erste russische Automobil, das im Jahre 1910 von der russisch-belgischen Automobilfabrik hergestellt worden war. Auf diesem Automobil hat der Sportsmann A. P. Nagel ganz Rußland und Westeuropa bereist und auch große Fahrten in Nordamerika zurückgelegt. Am Start stellten sich u. a. auch drei Wagen der deutschen Fabrik Aga.

Starke Gegensätze im Kabinett Stresemann.

Die innerpolitische Situation hat einen sehr ernsten Charakter angenommen, und es ist eine allgemeine Unruhestimmung in den maßgebenden politischen Kreisen entstanden, von der man befürchten muß, daß sie sich in der Reichstagssitzung am Montag stark bemerkbar macht. Diesen Zustand haben herbeigeführt:

1. Die Gestaltung der Beziehungen zwischen Dr. Stresemann und seiner Partei, die wieder einmal sehr gespannt sind, da die Deutsche Volkspartei sich in mehreren Sitzungen auf den Standpunkt gestellt hat, sie wolle zwar die Politik des Kanzlers nicht durchkreuzen, verlange aber nach außen starkes nationales Auftreten gegen Frankreich, nach innen Durchführung der Wünsche, die von den Industrie und Wirtschaftskreisen in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht, vor allem in der Frage des Achtstundentages geäußert werden;

2. durch die Weigerung der sozialistischen Kabinettsmitglieder, auf die Wünsche der Deutschen Volkspartei irgendwie einzugehen, sowohl in den inneren wie in den äußeren Fragen und weiter durch das sozialistische Verlangen nach einem entschiedenen Vorgehen gegen Bayern;

3. durch die Unmöglichkeit für den Kanzler, zwischen diesen beiden Strömungen zu vermitteln, besonders da er selbst der Auffassung ist, der jetzige Augenblick müsse zu einer grundsätzlichen Umstellung der Produktionswirtschaft benutzt werden, die durch die bevorstehende Wiederaufnahme der Reparationsleistungen nötig sei.

Man denkt aus diesem Grunde in den Kreisen der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft der drei im Kabinett vertretenen bürgerlichen Parteien ganz ernsthaft daran, in nächster Zeit, ohne die Sozialdemokraten weiter zu regieren, eventuell unter wohlwollender Duldung der Deutschnationalen. Ob es allerdings einem auf schwächerer parlamentarischer Basis stehenden Kabinett möglich wäre, die Beseitigung des Achtstundentages durchzuführen und eine entschiedene Außenpolitik zu führen, muß bezweifelt werden.

Feiern in München.

Der Sonntag erhielt seine Prägung durch zwei vaterländische Feiern. Das Leibregiment weihte eine Gedenktafel für seine Kriegsgefallenen ein. Im Hofe der Türkenkaserne waren etwa 20 000 Angehörige des Regiments aufgestellt, darunter die sogenannte Traditionskompanie, die jetzt dem 19. Infanterieregiment angehört. Kronprinz Rupprecht und seine Frau, viele Prinzen und Prinzessinnen, der Ministerpräsident v. Knilling, die Generale Lossow und Bothmer waren anwesend. Nach den Ansprachen eines katholischen und evangelischen Geistlichen und einem Gottesdienst feierte General Epp, der Kommandeur des Regiments im Kriege, das Regiment als den Repräsentanten und Stolz der einstigen Wehrmacht und des Deutschtums. Kronprinz Rupprecht enthüllte dann die über dem Eingang zur Kaserne angebrachte Gedenktafel mit den Worten: Den Helden des Infanterie-Leibregiments zum ewigen ehrenden Angedenken. Dann folgte der Vorbeimarsch des Leibregiments vor dem Kronprinzen Rupprecht und General Epp, wobei das Publikum Hochs auf König und Königin ausbrachte und auch General Epp stürmisch begrüßte. Der Kronprinz begab sich dann zum Armeemuseum, vor dem die Münchener Schutzmannschaft zur Feier des 25jährigen Bestehens aufgestellt war. Die Festrede hielt hier Minister Schweyer, der die Novemberrevolution als Verbrechen geißelte.

** **Neue Erhöhung der Kohlenpreise.** Die neuerliche Erhöhung der Lebenshaltungskosten zeitigte für den Bergbau einen Schiedsspruch, der für das besetzte Gebiet eine Lohnsteigerung um 75 Prozent und für das unbesetzte Deutschland um 50 Prozent für die laufende Woche vorsieht. Infolgedessen schritten die Organe der Kohlenwirtschaft zu einer neuen Preiserhöhung. Der Nettogoldmarkpreis im Ruhrkohlengebiet wurde für Fettförderkohle von 20,98 auf 36,48 Goldmark erhöht.

** **Der Preis des Zeitungspapiers.** Der Oktoberpreis für das Zeitungsdruckpapier ist auf 28½ Goldpfennig je Kilogramm Rotationsdruckpapier und 29½ Goldpfennig Formatpapier festgesetzt worden.

Vom 1. bis 7. Oktob. **Teatr Pałacowy** Plac Wolności 6.
Ein Hauptwerk der **polnischen** kinematographischen **Kunst** nach dem berühmten Drama der vor kurzem verstorbenen **Gabrjela Zapolska:**

„Jener"

Ein erschütt. Drama in 6 Akten, **in Polen aufgeführt** durch hervorr. Warschauer Schauspieler. Es behandelt die Verhältnisse zur Zeit der russischen Knechtschaft. In der Hauptrolle **Józef Węgrzyn.**
Anfang der Vorstellungen täglich um 4½, 6½, 8½. An Feiertagen Beginn um 4 Uhr. Letzte Vorstellung um 8½.

Montag, den 1. d. Mts., nachmittag 7½ Uhr verschied nach kurzer, schwerer Krankheit unser jüngster lieber Sohn und Bruder

Otto Müller

im blühenden Alter von 22 Jahren.

Um stille Teilnahme bitten die Hinterbliebenen

Familie **Adolph Müller**

Kromolice (Kr. Koschmin), den 1. Oktober 1923.

Beerdigung Donnerstag, nachmittag 3 Uhr von der Evangl. Kirche in Kobylin.



Heute früh 7½ Uhr verschied nach längerem schwerem mit großer Geduld ertragenem Leiden mein innigsgeliebter Sohn, unser herzensguter Bruder

Heinrich

im Alter von 20 Jahren.

Im Namen der Hinterbliebenen in tiefstem Schmerz

Maria Bertelt.

Jankow zal., den 2. Oktober 1923 p. Raszków.

Beerdigung Freitag, den 5. Oktober, 9 Uhr vormittags.

Achtung! Die neuesten Modelle **für Damenhüte** besitzt nur d.

Hutfabrik H. Nejsser, Skarbowa 17, part.

Nach diesen Modellen werden Damen-, Herren- u. Kinderhüte fachmännisch schnell umgepreßt u. gefärbt. Offeriere **moderne Linonformen,** sowie **sämtliche Saisonneuheiten.**

Günstig! **Achtung!** (9032 Billig!

Stoffe für Anzüge, Mäntel, Bett- und Leib-Wäsche aus erstklassigen Fabriken, sowie **Zutaten für Schneider** empfehlen **J. Blin & P. Arndt, Poznań, WielkieGarbary 34 (fr. Gr. Gerberstr.)**

Wichtig für **Gartenbesitzer!**

Gartenarbeiten aller Art, sowie das Instandhalten von Villengärten, **Beschneiden der Obstbäume u. Sträucher, Anlegen neuer Obst- u. Gemüsegärten** übernimmt **Karl Reinholz, Landschaftsgärtner, Poznań, Łazarska 38.**

Speisekartoffeln

kaufe waggonweise, auch größere Posten gegen **sofortige Kasse.**

Dom handlowy i hurtownia węgla.

B. T. Borowski, Poznań, Rynek Jeżycki 2, Tel. 2214.

Ausschneiden! Ausschneiden!

Postbestellung.

An das **Postamt**

in

Unterzeichneter bestellt hiermit
1 Posener Tageblatt (Posener Warte)
für den **Monat Oktober 1923**

Name
Wohnort
Postanstalt
Straße

Confiserie Walerja Patyk

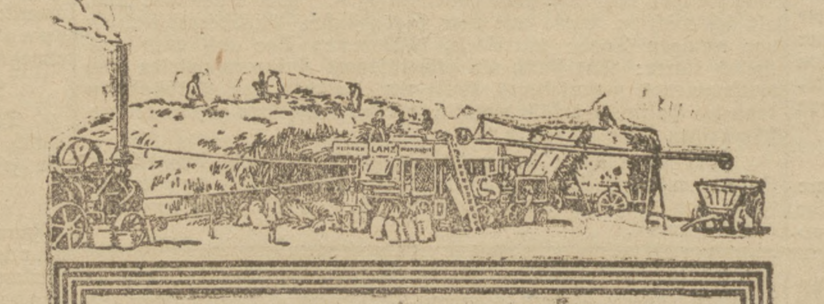
Poznań, Aleje Marcinkowskiego 6 (neben der Post)

Gegr. 1901. Telephon 3833. Schließfach 330.

Erstkl. Konfitürengeschäft am Platze

empfiehlt täglich frische Waren in **großer Auswahl.**

Ständige Ausstellung künstlerisch ausgeführter Bonbonnieren.



LANZ

Die weltberühmten

Dampfdreschgarnituren

sind wieder zu haben

Generalvertretung:

Nitsche i Sp., Maschinenfabrik

Poznań, św. Marcin 33.

Eine komplette mechanische

Tischlerei-Einrichtung

mit sämtlichem Zubehör steht in **Deutschland sofort** zum **Verkauf** od. gegen gleiches Wertobjekt in **Polen zu tauschen.** Meldungen **Likörfabrik Odolanów,** Krotoschinerstr. Nr. 62.

Oberschlesische Steinkohlen

liefert prompt **Kohlengroßhandlung**

BONA & Co.

Mikołów, Poln. Oberschlesien.

Zu verkaufen:

zirka 60 000 Mauersteine,
„ 15 000 Dachsteine,
„ 60 000 Drainröhren 1-5"

unter **Tagespreis.**

Fechner, Słonawy, Oborniki, Tel. Oborniki 8.

Zirka 100 Kubikm.

geschlag. **Pflastersteine sowie Bordsteine**

hat abzugeben.

Otto Tonn, Rogoźno (Wielkop.), p. Oborniki.

Irish-Setter-Rüde,

prachtvolles Tier, erstklassig zur Zucht, mit Stammbaum und sehr guter jagdlicher Veranlagung **zu verkaufen.** Anfragen unter **W. 9375** an die Geschäftsstelle d. Bl.

Roßschweifhaare

u. künstliche Zähne kauft und zahlt **die höchsten Preise.**

Poznań, ul. Szewska 15.

Alt-Blei von alten Bleiröhren (Weichblei) **kauft**

Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.

Polnisches Lehrbuch

Wesoły Początek

von Hermann Seydell.

5. Auflage.

Preis 70 000 Mk., nach auswärts mit Portozuschlag und Verpackungsspesen.

Zu beziehen durch Buchhandlungen und vom Verlage: (9345

Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A. Poznań, Zwierzyniecka 6.

Ankäufe u. Verkäufe

Suche zu kaufen: (9344 **Säulen-Bohrmaschinen, Eisen-Drehbänke, Kleedreschmaschinen. G. Scherfke,** Maschinenfabrik, **Posen W. 6.**

Wir suchen antiquarisch, gut erhalten, zu kaufen: **Methode Toussaint-Langenscheidt**

Englisch.

Angeboten sehen wir entgegen.

Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T.A., Abt.: **Versandbuchhandlg.** Poznań, Zwierzyniecka 6.

Wintermantel

für Knaben, gut erhalten, zu verkaufen. Ang. u. **9132** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Zum Verkauf:

Wringmaschine, Kipplischchen.

Ulica Głogowska 104, I rechts bei B.

Spielplan des Großen Theaters.

Mittwoch,	den 3. 10.:	**„Lohengrin"**, Romantische Oper von Wagner.
Donnerstag,	den 4. 10.:	**„Hoffmanns Erzählungen"**, Oper v. Offenbach.
Freitag,	den 5. 10.:	**„Glocken von Corneville"**, Kom. Oper von Planquette in 3 Akten.
Sonnabend,	den 6. 10.:	**„Glocken von Corneville"**.
Sonntag,	den 7. 10.:	**„Die toten Augen"**, Oper von d'Albert.

KINO Colosseum św. Marcin 65.

Vom 1. bis zum 7. Oktober

Die Geheimnisse einer Nacht in Bombay

Ein gewaltiges Abenteurerdrama i. 6 Akt.

In den Hauptrollen:
K. Veldt, L. Dagover und B. Götzke.

EGON PETRI

berühmter Pianist, tritt nur einmal in Poznań auf
am **Donnerstag, dem 4. Oktober d. Js.**

Billettverkauf in der Zigarrenhandlung **Górski** (Hotel Monopol).

Kreissägeblatt

fast neu, 70 cm. Durchmesser, sofort zu verkaufen.

Zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Blattes.

Evgl. Mädchen, 26 J. alt, möchte auf diesem Wege gern einen Wirtschaftsbeamten (ev., poln. Staatsangeh.) zwecks **späterer Heirat** kennen lernen. Zuschr. u. **A.K. 9376** a. d. Geschst. d. Bl. erb.

Aug. Hoffmann,

Baumschulen, Gniezno

empfiehlt zur **Herbstpflanzung** sämtliche **Obst- u. Alleebäume,** auch **Pfirsich** und **Aprikosen, Heckenpflanzen, Ziersträucher, Rosen** usw.

Stoffe

in großer Auswahl für **Ulster, Winterpaletots, Damenmäntel** Afsenbaut **Kostüme, Anzüge, Inletts, Weißwaren, barchende Stoffe** auch für **Kinder** empfiehlt z. äußerst **günstigen Preisen**

Dom Handlowy R. Kunert i Ska.

Poznań, Łazarz (fr. Lazarus), Niegolewskich (Auguststr.) 18.

Antiquarisch zu kaufen gesucht:

Deutsch-polnisches u. polnisch-deutsches

Wörterbuch.

Angebote sehen entgegen

Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A. Poznań, Zwierzyniecka 6. Abt.: **Versandbuchhandl.**

Wohnungen

Junge ruhige Dame sucht sofort oder später **möbl. Zimmer** evtl. mit voller Pension. Am liebsten im Zentrum. Gefl. Off. u. **A. A. 9367** a. d. Geschäftsst. d. Bl.

Aeltere, ruhige, berufstätige Dame sucht **möbliert. Zimmer** mit Frühkaffee, evtl. auch m. voller Pension, v. 1. 10. 23 evtl. auch später. Gefl. Off. m. Preisang. u. **G. C. 9268** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erb.

Privatbeamter sucht per sofort resp. 1. 11. 23 ein od. zwei gut **möblierte, ungenierte Zimmer in Jersitz.** Off. u. **9384** a. d. Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.



Hersteller: Urbin-Werke, G.m.b.H. Danzig, am Troyl.
Vertreter: **M. Tita, Poznań, Grochowe Łąki 4.**

Zimmer,

schön möbliert, gegen hohe Bezahlung gesucht.

Ang. u. **D. 25 a. Rudolf Mosse, Poznań,** Wroniecka 12 erb.

Zwei Zimmer,

zusammenhängend, gut möbliert, gegen hohe Bezahlung gesucht.

Ang. unter **D. 50 Rudolf Mosse, Poznań,** Wroniecka 12 erb.

Aus Stadt und Land.

Posen, den 3. Oktober.

Folgenden Vorschlag zur Güte

macht „X für U“ in der „Deutschen Rundschau“:

Alle Welt stöhnt und klagt über die unaufhörlich steigende Teuerung, die bald in hohen Sprüngen, bald in bedächtigeren, kleineren Schritten sich ausbreitet und alles und jedes mit ihren Fangarmen ergreift. Diesem Gespenst zu Leibe zu gehen ist man ja, als die Sache schließlich zu grob wurde, mit vielem Eifer bemüht, aber es scheint, als ob die aufgewandten Kampfmittel, so scharf sie auch sind, doch keine rechte Wirkung haben. Wie wäre dem bösen Teuerungsteufel nur gründlich beizukommen? Ich habe es mich zwei schlaflose Nächte kosten lassen, um das schwierige Problem zu lösen, und das ist mir denn auch, meiner felsenfesten Überzeugung nach, tadellos gelungen, dank meines kindlichen Gemüts, das dem Verstand der Verständigen bedeutend über ist. Auf die Lösung kam ich gestern früh um 5 Uhr. Da fiel mir nämlich die Geschichte vom Hund des Alcibiades ein. Da Sie diese hübsche, lehrreiche Anekdote vielleicht nicht kennen, so will ich sie nochmals kurz erzählen. Also: Der altgriechische Feldherr und Staatsmann Alcibiades hatte einen Hund, und dieser Hund hatte einen etwas länglichen Schwanz. Die altgriechische Mode befahl aber nun schon damals, daß den Hunden der Schwanz bis auf einen kurzen Stummel abgekappt werden müßte, und diesem Gebot folgte auch Alcibiades, aber auf eine Weise von besonderer, sogenannter „persönlicher Note“. Er schnitt seinem Hunde erst ein kurzes Stückchen von dem Schwanz ab, zwei, drei Tage später wieder ein kleines Stück, und so fort, bis nur noch der von der Mode vorgeschriebene Stummel übrig war. Als Begründung gab er dem Vorstand der altgriechischen Tierschutzverbände kaltlächelnd an, er habe dem Tier den großen Schmerz beim Abhacken des ganzen Schwanzes ersparen wollen (historisch), und daher lieber mehrmals nur kurze Stückchen abgekappt. Aus dieser lehrreichen kleinen Historie kam mir nächtlicherweile die Erleuchtung über eine gründliche Abhilfe der Teuerung. Nur müßte das umgekehrte Verfahren eingeschlagen werden. Wir danken schließlich dafür, daß wir nach dem Muster jenes welthistorischen Hundes behandelt werden, und daß, ähnlich wie jenem Hund ein Stückchen Schwanz gekappt wurde, unsere Brieftasche alle Tage um so und so viel Tausende mehr „erleichtert“ wird, als wir kalkuliert haben. Man gehe doch lieber gleich aufs Ganze: Man wende endlich ein radikales Mittel an, um dieser schrittweisen Teuerung das Lebenslicht auszublasen. Man erhöhe zu einem bestimmten Zeitpunkt sämtliche Preise um 1000 bis 2000 Prozent — auf Unterbietung stehe Gefängnisstrafe! — und wir werden dann endlich eine Zeitlang — ich schätze auf drei bis vier Monate — Ruhe vor der Teuerung haben! So wie es bisher ging, war es doch nur ein ewiges, ärgerliches Fortwursteln, während wir in Zukunft nur drei- bis viermal im Jahre eine Teuerungswelle haben würden — dann freilich jedesmal eine ganz saftige! Ich unterbreite hiermit meinen Vorschlag der Öffentlichkeit, unter schmerzlichem Verzicht auf Anmeldung zum Patent, desgleichen auch auf die Bewerbung um den Posten des Diktators im Teuerungskampf.

Von der Bekömmlichkeit des Obstes.

Das Obst ist zweifellos eine der kostbarsten Gaben, die uns die Natur spendet, und eine vernunftgemäße Diät ist ohne Obst kaum zu denken. Bei vielen Ernährungsstörungen und bei einer ganzen Reihe chronischer Erkrankungen des Verdauungsapparates und der Leber bildet die Obstdiät sogar das sicherste und bekömmlichste Heilmittel. Nur scheiden hierbei alle Früchte aus, die reich an Tannin sind, da dieses das Obst unverdaulich macht. Je reicher eine Frucht an Gerbsäure ist, desto grüner erscheint sie, und desto saurer schmeckt sie auch. Als Folgen des Genusses solcher Früchte machen sich Sodbrennen und Koliken bemerkbar. Man kann tanninhaltiges Obst sofort daran erkennen, daß sich die Klinge des Messers, mit dem man es zerschneidet, schwarz färbt. Rohes Obst ist ferner allen denen zu verbieten, die zu nervöser Enteritis (Darmentzündung) neigen. Die geringste Reizung des Darms bewirkt in diesen Fällen Krämpfe, heftige Leibschmerzen und Durchfälle. Auch in Fällen von Magenerweiterung soll man sich des Genusses von rohem Obst unbedingt enthalten. Solche Patienten setzen sich durch den Genuß roher Birnen und Äpfel, sowie von Bananen der Gefahr von Magendruck, Entzündungen des Darmkanals und krankhaftem Aufstoßen aus. Auch sollte man das Obst vor dem Genuß stets waschen. Man sieht es der samtenen, schimmernden Oberfläche einer Pflaume nicht an, welch ein Gewimmel von Keimen sich auf ihre breit macht. Der Brechdurchfall der Kinder ist nur zu oft auf Keime zurückzuführen, die das Kind mit einer vom Boden aufgelesenen Frucht mitverzehrt hat. Was nun das geschmorte Obst anbetrifft, so ist an seiner Schmackhaftigkeit und Bekömmlichkeit kein Zweifel gestattet, wenn man sich auch der Tatsache nicht verschließen darf, daß das Obst durch Kochen einen großen Teil seiner diätischen Eigenschaften verliert. Durch das Kochen werden freilich alle Krankheitskeime am sichersten abgetötet; mit ihnen werden leider auch die wichtigsten Vitamine zerstört. Allerdings ist gekochtes Obst ungleich leichter verdaulich als rohes und deshalb auch allen zu empfehlen, die an Verdauungsbeschwerden leiden.

× **Eine Stadtverordnetensitzung** findet heute, Mittwoch, statt. Die Tagesordnung umfaßt 12 Punkte, darunter:

Bewilligung einer Zulage an die Beamten und sonstigen Angestellten für Oktober in Höhe von 62 v. H. und Bewilligung der hierfür nötigen Kredite; Bewilligung einer Beihilfe von 30 v. H. auf das Augustgehalt an dieselben Beamten usw.; Bewilligung einer 20proz. Großstadtzulage an dieselben Beamten usw.; persönliche Angelegenheiten; Beschlußfassung über die Höhe der städtischen Zuschläge für 1923 zur staatlichen Einkommensteuer; Interpellation des Stadtv. Buggel und Genossen über die Erteilung von Baukonzessionen durch den Magistrat und verschiedene andere weniger wichtige Gegenstände.

Aufnahme des radio-telegraphischen Verkehrs zwischen Polen und Amerika. Mit Ende September ist aufgenommen worden die unmittelbare radio-telegraphische Verbindung zwischen Polen und den Vereinigten Staaten von Nordamerika durch Vermittlung der neuerbauten und schon tätigen transatlantischen radio-telegraphischen Station in Warschau; sie wird direkt mit Neuyork arbeiten. „Via Radio-Warszawa“ kann man Telegramme aller Art befördern, — dringende, gewöhnliche überseeische und Pressetelegramme nicht ausgeschlossen (Télégrammes différés) nach: 1. allen Ländern Nord- und Mittelamerikas gegen eine Gebühr, die um 20 Centimes in Gold niedriger ist als die Gebühr für Drahttelegramme (Kabel) oder um 5 Centimes in Gold billiger als auf der Linie „Radio-France“. Zum Beispiel: ein Telegramm aus Polen nach Illinois kostet das Wort als Kabeltelegramm 1 Fr. 70 Cent. in Gold, auf der Linie „Radio-France“ 1 Fr. 55 Cent., und auf der neuen Linie „via Radio-Warszawa“ 1 Fr. 50 Cent. in Gold; 2. nach allen Ländern Nordamerikas gegen eine Gebühr um 20 Cent. in Gold niedriger als die jeweilig niedrigste Gebühr für Drahttelegramme (Kabel). Zum Beispiel: die niedrigste Gebühr für Drahttelegramme nach Argentinien (via Talisman) beträgt für das Wort 3 Fr. 70 Cent. in Gold, auf der Linie „via Radio-Warszawa“ 3 Fr. 50 Cent. in Gold. Der Vermerk „via Radio-Warszawa“ ist unentgeltlich und muß auf dem Telegrammformular in der Rubrik „amtliche Bemerkungen“ stehen.

Wie viel Geld darf man nach Danzig mitnehmen? Gegenwärtig darf ohne besondere Genehmigung polnisches Geld in Schecks, Anweisungen u. dgl. bis zum Betrage von 1 000 000 Mk. die Person einmalig (monatlich nicht mehr als 5 Millionen Mk.) mitführen. Genehmigung zur Mitnahme von Beträgen bis zu 25 Millionen Mark erteilt die P. K. K. P., darüber hinaus der Devisenkommissar. In Fremdvaluten mitgenommen werden darf der Gegenwert von 1000 Schweizer Franken die Person, für den Bezirk der Freien Stadt Danzig 250 Schweizer Franken, jedenfalls aber nicht mehr als 1000 Schweizer Franken monatlich. Diejenigen, die die Danziger Grenze auf Grund eines entsprechenden Ausweises überschreiten, dürfen einmalig 100 Schweizer Franken bzw. 500 Schweizer Franken monatlich mitführen.

Das Konzert des Pianisten Egon Petri, auf das schon hingewiesen wurde, findet morgen, Donnerstag, abends 8 Uhr, im Evangelischen Vereinshaus statt. Eintrittskarten sind bei W. Górski (Zigarrenhandlung im Hotel Monopol) und an der Abendkasse zu haben.

× **Kinokunst.** Im Teatr Pałacowy geht seit Montag unter dem Titel „Jener“ ein packender sechsaktiger Film nach dem Drama der kürzlich verstorbenen polnischen Schriftstellerin Gabriele Zapolska über die Leinwand, der um so mehr den Beifall der Kinobesucher finden wird, als er, von Warschauer Schauspielern dargestellt, die Verhältnisse aus der Zeit der russischen Herrschaft beleuchtet.

× **Die nahende kalte Jahreszeit** veranlaßt unsere Spitzbuben sich mit der erforderlichen Winterkleidung auf ihre eigene Weise einzudecken. Sie tun das, indem sie Gastwirtschaften, Kaffeehäuser usw. aufsuchen, unter den leider meist unbeaufsichtigt hängender Überziehern usw. der übrigen Gäste Umschau halten und die ihnen am meisten zusagenden Paletots mit sich gehen heißen. So wurde gestern abend einem Gaste in einer Gastwirtschaft am Alten Markte ein dunkelgrüner Herrenüberzieher mit Samtkragen im Werte von 2 Millionen Mark und einem andern aus einem Kaffeehause an der ul. Gwarna (fr. Viktoriastraße) ein Überzieher im Werte von 12 Millionen Mark gestohlen. Beide Fälle mahnen zur Vorsicht.

× **Unvorsichtigkeit oder Absicht?** Gestern nachmittag gegen 1 Uhr wurde auf das Zigarrengeschäft Alter Markt 45 ein Schuß abgegeben, glücklicherweise ohne jemand zu verletzen. Der Schütze ist bisher nicht zu ermitteln gewesen.

Miljonówka. Bei der letzten Ziehung am Sonnabend, 29. September, wurde die in Warschau verkaufte Nr. 1 098 354 ausgelost.

bw. **Unglücksfall.** Infolge einer Gasexplosion wurde die Wehr gestern abend um 9 Uhr nach der ul. Żupańskiego 14a (fr. Hohenlohestr.) gerufen. Der 19jährige Alexander Hoffmann hatte bei dem Unfall Brandwunden an den Händen und im Gesicht erlitten, so daß er von der Feuerwehr ins Stadtkrankenhaus übergeführt werden mußte.

× **Diebstahl in einer höheren Schule.** Aus dem Korridor des Maria Magdalena-Gymnasiums am Bernhardinerplatz wurde gestern ein Schülermantel im Werte von 4 Millionen Mk. gestohlen.

× **Ein Opfer übermäßigen Fuselgenusses** geworden ist der gestern morgen auf St. Roch aufgefundene tote Mann. Seine Persönlichkeit ist inzwischen als die des 39jährigen Anton Malicki festgestellt worden.

× **Große Diebstähle.** Gestohlen wurden gestern: von dem Balkon des 1. Stockwerks eines am Plac Stawny (fr. Teichplatz) belegenen Hauses ein Kopfkissen und ein Beutel mit 4 Pfd. ungeschlissener Federn im Werte von 3 Millionen Mark; mittags aus einer Wohnung des Hauses ul. Piotra Wawrzyniaka 26 (fr. Kaiser Friedrichstraße) ein dunkelbrauner Jackettanzug, ein Paar Stiefel, ein Trauring gez. M. T. im Werte von 15 Millionen Mark.

× **Polizeilich festgenommen** wurden gestern: 7 Betrunkene, 12 Dirnen und 2 Obdachlose.

□ **Briesen,** 2. Oktober. Die im Juli wegen eines Tollwutfalles hier angeordnete Hundesperre ist, nachdem kein Tollwutfall mehr vorgekommen ist, jetzt aufgehoben worden.

* **Inowrocław,** 2. Oktober. Auf dem Bahnkörper der Strecke Thorn—Inowrocław wurde am Mittwoch vormittag eine männliche Leiche in Militäruniform vorgefunden. Näheres über das Ergebnis der eingeleiteten Untersuchung ist noch nicht bekannt geworden.

p. **Kurnik,** 3. Oktober. (Privattelegr.) Heute nacht versuchten hier unbekannte Einbrecher in das Museum des Grafen Zamoyski einzudringen, wurden aber dabei durch einen Diener überrascht und durch die Abgabe mehrerer Schüsse, die zweifellos fehlgingen, verscheucht. Ob sie irgend etwas gestohlen haben, ist bisher noch nicht festgestellt.

* **Kirchplatz, Kr. Neutomischel,** 2. Oktober. Gelegentlich des Erntedankfestes vollzog unsere evangelische Gemeinde die Weihe der Kriegergedenktafeln für ihre im Weltkriege gefallenen 120 Mitglieder. Den Weiheakt eröffnete ein Vorspruch, dem die Deklamation von 6 Gedichten folgte. Darauf hielt Superintendent Reisel auf Grund von 1. Kor. 9, 25 eine Ansprache. Ein Kriegsteilnehmer, Leutnant Wilhelm, gab nun das Zeichen zur Enthüllung der Gedächtnistafeln. „Ich hatt' einen Kameraden,“ sangen die Kriegsteilnehmer, dann erklang aus dem Turme, vom Kirchenchor gesungen, das Lied: „Morgenrot, Morgenrot, leuchtest mir zum frühen Tod“, worauf die Gemeinde anstimmte: „Wenn

---

Ein politisches Handwörterbuch.

Im Verlage von K. F. Koehler in Leipzig erschien vor kurzem:

Politisches Handwörterbuch.

Unter redaktioneller Mitarbeit von Dr. Kurt Jagow, herausgegeben von Prof. Dr. Paul Herre.

Das Werk enthält auf 2000 Seiten Text unter 4500 Stichworten streng unparteiisch gehaltene Abhandlungen von fast 200 Fachgelehrten über Fragen der Politik im weitesten Sinne. Ohne langes Suchen findet man umfassende Auskunft über alle wichtigen Gebiete der Politik, Erläuterungen politischer Begriffe (Landaufteilung, Lohnpolitik, Minderheitenvertretung), Angaben über Führer und Organisationen (Lebenslauf von Loucheur, von Bonar Law, Ligue d'Action française), geschichtliche Ereignisse (Linzer Programm, Märzrevolution), ausführliche Abhandlungen über alle Staaten der Welt (Lage, Bevölkerung, Geschichte, Verfassung, Recht, Verwaltung, Presse, Volkswirtschaft, Handel und Verkehr, geistiges Leben).

Einige Proben mögen Art und Wert des Werkes veranschaulichen:

Der Artikel **„Agrarsozialismus“** im Politischen Handwörterbuch lautet: „Der Agrarsozialismus verlangt unter Aufrechterhaltung der individualistischen Gesellschaftsordnung die Beseitigung des Privateigentums am Grund und Boden, den er ins Eigentum des Staates oder der Gesellschaft überführen will. Besonders in den letzten Jahrhunderten sind zahlreiche Agrarspezialisten hervorgetreten. Die Begründungen, welche sie ihren Forderungen gaben, sind verschieden: Beseitigung arbeitslosen Einkommens, Herstellung einer wirklich freien Konkurrenz u. a. Auch bezüglich der Frage, ob die gegenwärtigen Grundeigentümer eine Entschädigung erhalten sollen, zeigen sich unter ihnen große Gegensätze. Auf die nationalökonomische Wissenschaft hat der A. keinen nachhaltigen Einfluß zu gewinnen vermocht. Die bürgerlichen Nationalökonomen lehnen seine Gedankengänge und Forderungen ab, weil sie Gegner jeder Sozialisierung sind und insbesondere innerhalb einer individualistischen Wirtschaftsordnung eine sozialistische Bodenwirtschaft für unmöglich halten. Auch die Sozialisten erblicken im A. eine Halbheit, die sie nicht mitzumachen gewillt sind. Von den Erstgenannten stehen den Agrarsozialisten am nächsten die Bodenreformer, welche die Grundrente als unverdienten Wertzuwachs wegsteuern und so der Allgemeinheit zuführen, das Privateigentum am Boden aber nicht völlig beseitigen wollen. Die Grenze zwischen Agrarsozialisten und Bodenreformern läßt sich aber nicht immer scharf ziehen. So verlangt Henry George, auf den sich gerade die Bodenreformer auch heute noch viel berufen, ausdrücklich, daß der Grund und Boden zum Gemeingut gemacht wird. — Für die Parteibildung und Gesetzgebung hat der A. nur in Osteuropa große Bedeutung erlangt, vor allem im Programm der russischen Sozialrevolutionäre. Deren radikalere Richtung verlangte von jeher, daß der Boden ins Eigentum des Staates übergeführt werden und nur denen zur Nutzung überlassen werden soll, die ihn mit eigener Hand bebauen. Sie haben schon 1905/6 einen großen Teil der russischen Bauern für ihre Partei gewonnen. Ihre Ideen haben sowohl auf die Forderungen der russischen Sozialisten überhaupt wie später auf die bolschewistische Agrargesetzgebung großen Einfluß erlangt. Auch die seit 1919 erlassenen Agrargesetze der russischen Nachfolgestaaten und der Baltenländer zeigen deutliche Spuren dieses Einflusses.“

Einer der Artikel des Politischen Handwörterbuches gibt einen kurzen Überblick über die Entwicklung des Besitzes des Großindustriellen **Hugo Stinnes. Man erfährt daraus:**

Stinnes, Hugo, Großindustrieller. Geb. am 12. Februar 1870 zu Mülheim (Ruhr) als Sproß einer bekannten rheinischen Kohlenhändler- und Reederfamilie. Schon der Großvater Matthias St. spielte im Wirtschaftsleben des Ruhr- und Rheingebietes eine große Rolle. Hugo St. kam nach Absolvierung des Realgymnasiums zuerst als Volontär in die kaufmännische Lehre bei der Erz- und Eisengroßfirma Karl Späler in Koblenz. Nach einer darauffolgenden praktischen Lehrzeit im Kohlenbergbau auf der Zeche Viethe bezog er 1889 die Bergakademie in Berlin, trat 1890 in die väterliche Firma ein, aus der er 1893 wieder ausschied, um mit 50 000 Mark Stammkapital eine eigene Firma „Hugo Stinnes G. m. b. H.“ zu gründen. Unterstützt von einem großen Organisationstalent, in enger Verbindung mit einem feinen Verständnis für technische Entwicklungsmöglichkeiten, baute St. den Kohlenhandel im Inland und nach dem Ausland aus, erwarb Eisen- und Stahlwerke, beteiligte sich an der Montanindustrie in Luxemburg und errichtete das riesenhafte Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk, das als erster gemeinwirtschaftlicher Betrieb das ganze rheinisch-westfälische Industriegebiet mit Elektrizität versorgte. Bei Kriegsausbruch wurde er einer der größten Lieferanten der Heeresverwaltung. Nach dem Kriege baute St. namentlich die Reederei aus und gründete u. a. die „Hugo Stinnes A.-G. Hamburg“, die heute eine der größten Reedereien Deutschlands mit festen Linien nach Skandinavien, Nord- und Südamerika und Ostasien ist. Seinen Riesenbesitz an Gruben, Hüttenwerken, Werften, Maschinenfabriken, Elektrizitätswerkstätten u. a. schloß er mit einigen führenden Montanwerken zur „Rhein-Elbe-Union“ und diese später mit Siemens zur „Siemens-Rhein-Elbe-Schuckert-Union“ zusammen. Zu diesen Konzernen kam 1922 die „Alpine Montan-Gesellschaft“. St. beabsichtigte mit diesen Konzernen die Verbindung von Rohstoff über das Halbfertigfabrikat zum Feinprodukt herzustellen, um durch Ausschaltung aller Zwischengewinne, Risikoprämien und mit Senkung aller Generalunkosten das Produkt so billig wie möglich zu erzeugen. In diesem Sinne erfolgte auch seine Schiffahrtsgründung, in der nicht der Reeder sondern das Produkt die Fahrt bestimmen soll. Dazu erwarb St. den Verlag von Reimar Hobbing in Berlin, dem die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ und die „Handels- und Industrie-Zeitung“ angehören. Durchdrungen von der Idee, daß er die Verwirklichung seiner Pläne nur mit den Arbeitern, nicht gegen sie erreichen kann, trat er für das Miteigentum der Arbeiter am Unternehmen in der Form von Kleinaktien und für ihre Gewinnbeteiligung ein. In diesem Sinne gründete er mit dem verstorbenen Gewerkschaftsführer Legien die Zentralarbeitsgemeinschaft, deren praktische Erfolge außerordentlich groß sind. In großen Wirtschaftsgemeinschaften und im Reichswirtschaftsrat vertritt St. diese Interessengemeinschaft von Arbeitnehmer und Unternehmer. Im Reichstag, dem er seit 1920 angehört, schloß er sich der Deutschen Volkspartei an. In inoffizieller Mission verhandelte er Ende 1921 mit Lloyd George zur Herbeiführung einer wohlwollenderen Politik der Entente gegenüber Deutschland, ohne jedoch einen Erfolg zu erzielen. Bedeutsamer ist sein im September 1922 getätigtes Abkommen mit dem französischen Senator Marquis de Lubersac über Materiallieferungen zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Nordfrankreichs. Persönlich überaus einfach in seinen Gewohnheiten und Bedürfnissen ist St. der Träger der größten wirtschaftlichen Macht des republikanischen Deutschland.

Der dem gegenwärtigen deutschen Reichskanzler gewidmete Artikel im Politischen Handwörterbuch lautet:

„**Stresemann, Gustav, Dr.,** Führer der Deutschen Volkspartei und Volkswirtschaftler. Geb. am 10. Mai 1878 in Berlin. Schon während der Studentenzeit schloß sich St. einer indirekt politischen Bewegung, der Burschenschaftsreformbewegung, an. Nachdem er seinen Doktor gemacht hatte, trat er in die Geschäftsleitung verschiedener Industrieverbände ein und gründete 1902 den Verband sächsischer Industrieller, den er als Syndikus leitete. Von dieser Stelle aus entfaltete St. eine weitreichende organisatorische Tätigkeit in den verschiedenen industriellen Körperschaften. Namentlich verhalf er dem Bunde der Industriellen, dessen stellvertretender Vorsitzender er war, zu Macht und Bedeutung. 1906 wurde er ins Dresdener Stadtparlament gewählt, der sächsische Wahlkreis Annaberg entsandte ihn 1907 in den Reichstag, dem er als Mitglied der Nationalliberalen Partei während einer Legislaturperiode angehörte. 1912 verlor er sein Mandat gegen die Sozialdemokratie. Nach dem Tode Dr. Semlers brachte St. eine Neuwahl in Aurich-Wittmund wieder in den Reichstag. Bassermann erkannte sehr bald die rednerischen und organisatorischen Fähigkeiten St.s und zog ihn gewissermaßen zum Nachfolger heran. St. wurde denn auch nach Bassermanns Tode 1917 zum ersten Vorsitzenden des Zentralvorstandes gewählt. Namentlich in volkswirtschaftlichen und außenpolitischen Fragen trat St. als Redner im Reichstag und in der weiteren Öffentlichkeit hervor. Während des Krieges vertrat er energisch den machtpolitischen Standpunkt, von dem aus er die Friedensresolution des Reichstages besonders scharf bekämpfte. Nach der Umwälzung im November 1918 wurde St. trotz seiner „Kompromittierung“ von seinem hannoverschen Wahlkreis in die Nationalversammlung und in den neuen Reichstag entsandt. Aus der Nationalliberalen Partei war inzwischen die Deutsche Volkspartei geworden, deren Leitung St. heute noch inne hat. Die St.sche Politik schwankt entsprechend der mittelparteilichen Stellung der Partei zwischen Anschluß nach links und rechtspolitischer Gesinnung. Wie Bassermann hat St. innerhalb seiner Partei sehr oft mit scharfer Gegnerschaft zu kämpfen.

*

Es zeugt von Deutschlands ungebrochenem Geist, daß die Herausgabe eines solchen Werkes in so schwerer Zeit möglich war. Das Politische Handwörterbuch verbindet lexikalische Form mit aufsatzmäßiger Belehrung, trägt praktischen Gesichtspunkten weitgehend Rechnung, erstreckt sich auf Politik in weitestem Sinne und zieht alle Fragen staatlichen Daseins und öffentlichen Lebens in Betracht. Das Werk verfolgt sein Ziel auf ausschließlich wissenschaftlicher Grundlage, es dient keiner Richtung und Partei. In erster Linie sind die deutschen Verhältnisse berücksichtigt, doch wird auch das Ausland in großem Umfange herangezogen. Polen wird in einer ganzen Reihe längerer oder kürzerer Artikel berücksichtigt (Korfanty, Paderewski, Piłsudski, Polen, Witos u. a.). Auch die anderen Staaten, ihre Geschichte und ihre politische Struktur werden in ausführlichen Artikeln behandelt. Aus dem übrigen Stoff sollen nur hervorgehoben werden: Angaben über Persönlichkeiten und Organisationen der internationalen Politik, Heerwesen, Wirtschaft, Handel und Verkehr, Presse, Rechtswesen, Kultur und Sozialpolitik.

Man kann wohl behaupten, daß das Werk eine vorhandene Lücke ausfüllt und eine wertvolle Neuerscheinung darstellt, um so mehr als ihm mehrfarbige Karten beigegeben sind und reiches statistisches Material. Der Druck ist übersichtlich, das holzfreie Papier entspricht den Ansprüchen, die vor dem Weltkrieg an ein solches Werk gestellt wurden.

Der Grundpreis des Politischen Handwörterbuches (zwei Bände) ist 65 Mark.

---

ich einmal soll scheiden" und „Harre, meine Seele". Nochmals wurden Gedichte vorgetragen, und dann folgte nach dem Chorliede: „Wie sie so sanft ruhen" die Verlesung der Namen der 120 Gefallenen. Das Schlußgebet mit dem Vaterunser sprach Pfarrer Herrmann aus Kupferhammer, der die Gemeinde mit dem aronitischen Segen entließ.

S. **Obornik**, 2. Oktober. Jaratschmühle im hiesigen Kreise, an der Welna gelegen, ist ein Raub der Flammen geworden. Am Sonnabend abend gegen 10 Uhr brach in der Mühle Feuer aus, das sie vollkommen zerstörte. Außer der Mühleneinrichtung und den Sachen der Angestellten sind größere Vorräte an Getreide und Mehl verbrannt.

* **Wirsitz**, 2. Oktober. Vor einigen Tagen suchten Kirchenräuber die katholische Kirche von Krostkowo in unserem Kreise heim. Sie entwendeten daraus das Kußkreuz, die Pacifikale, und einige imitierte Reliquien. Der Wert der gestohlenen Sachen beträgt 2½ Millionen Mark.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

* **Warschau**, 1. Oktober. Die „Gazeta Warsz." erfährt, daß auf das Gut Tynne in der Gemeinde Niemowicze eine schwer bewaffnete Bande von 40 Köpfen einen Überfall verübt hat. Dabei sind nicht weniger als 10 Personen, die auf dem Gut angetroffen wurden, niedergemacht und Gegenstände im Werte von 1,2 Milliarden Mk. geraubt worden. Die Nachforschungen haben zu keinem Ergebnis geführt, da die Bande spurlos verschwunden ist.

* **Brody**, 1. Oktober. Die Polizei in Brody und Tarnopol war in der letzten Zeit vergebens bemüht, den Dollarfälschern auf die Spur zu kommen, die in Kleinpolen falsche Zwanzig-Dollarscheine in den Verkehr brachten. Dieser Tage gelang es, die Zentrale der Fälscher, die sich in Brody befand, aufzufinden und die Dollarfabrikanten zu verhaften. Der Hauptfälscher Abraham Lasztower verstand es meisterhaft, Ein-Dollarscheine in Zwanzig-Dollarbanknoten umzuarbeiten.

Aus Ostdeutschland.

* **Fraustadt**, 29. September. Ein- und Zehnmillionenscheine haben gleiche Größe und unterscheiden sich auch in der Druckausstattung nur unwesentlich. Dies hat einem hiesigen Bankhause mehrere Milliarden Schaden gebracht, denn beim Wechseln von Polennoten gab der Geschäftsinhaber anstatt eines Päckchens Einmillionenscheine ein gleich gebändeltes, das Zehnmillionenscheine enthielt. Da der Einwechsler jenseits der Grenze seinen Wohnsitz hat und auch nicht näher bekannt ist, dürfte wohl kaum auf Rückgabe der zu viel erhaltenen, etwas drei Milliarden Mark zu rechnen sein.

Neues vom Tage.

§ **Explosion am Potsdamer Bahnhof in Berlin.** Infolge einer undichten Gasleitung ist Montag vormittag in dem Abfertigungsraum der Post auf dem Potsdamer Fernbahnhof in Berlin eine Explosion entstanden. Die schadhafte Leitung lag unter dem Fußboden, unter dem sich Gas angesammelt hatte. Ein Postangestellter hatte die Leitung mit offenem Licht abgeleuchtet, wodurch die Explosion herbeigeführt wurde. Ein Postbeamter erlitt einen Unterschenkelbruch, andere Verletzungen sind nicht vorgefallen. Der Materialschaden ist nicht unerheblich. Der Postbetrieb wird über Postamt 9 aufrecht erhalten. Der Eisenbahnbetrieb ist durch die Explosion in keiner Weise in Mitleidenschaft gezogen.

§ **Zugzusammenstoß in Frankreich.** Bei Armentières (Nordfrankreich) stieß am Sonntag infolge falscher Weichenstellung ein Personenzug mit einem Güterzug zusammen, wobei zwei Reisende getötet und etwa 70 verwundet wurden.

§ **Dampferzusammenstoß im Kanal.** Bei dichtem Nebel sind im Kanal ein englischer und ein französischer Dampfer zusammengestoßen und untergegangen. Die Mannschaften konnten nur zum Teil gerettet werden.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich, aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Auskunft erfolgt nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit Freimarke beiliegt.)

R. Kr. Das Besitztum ist unter den angegebenen Umständen nicht liquidierbar.

E. J. F. Nicht nur einer, sondern mehrere; wir können jedoch deren Namen im Briefkasten aus grundsätzlichen Erwägungen nicht angeben. Wir bitten daher, entweder uns einen Briefumschlag mit Freimarke und Ihrer genauen Anschrift zur schriftlichen Beantwortung Ihrer Frage zu übersenden oder vormittags in unserer Schriftleitung einmal vorzusprechen.

R. 23. 1. Eine Posener Bank, die auf die Kenntnis der polnischen Sprache ganz verzichtet, gibt es kaum noch; jedenfalls wird als Bedingung gestellt, daß der Lehrling sich diese Sprache aneignet. Vielleicht wenden Sie sich einmal an die Bank für Handel und Gewerbe in Poznań, ul. Masztalerska. 2. Diese Frage können wir weder bejahen noch verneinen. 3. Auch diese Frage läßt sich nicht ohne weiteres entscheiden; jedenfalls ist das Gehalt durchaus auskömmlich.

Handel und Wirtschaft.

Verkehr.

Der Bau neuer polnischer Eisenbahnlinien. Damit Polen eine selbständige und planmäßige Handelspolitik führen kann, muß eine günstige Eisenbahnverbindung mit Oberschlesien geschaffen werden. Speziell die Verbindungen Oberschlesiens mit den Ostprovinzen müssen entsprechnd ausgebaut werden. Es bestehen, wie wir polnischen Blättern entnehmen, vier Projekte für den Bau neuer Eisenbahnlinien: 1. Die Linie Kalety (Stahlhammer)—Herby—Wieluń—Inowrocław in einer Länge von 45 Kilometern. Diese Linie verbindet Pommerellen und Posen mit Oberschlesien und würde die Benützung des jetzigen teilweisen Transitverkehrs über Deutschland überflüssig machen. 2. Die Linie Chorzow—Czenstochau—Lazisk, welche die Verbindung mit Lodz um 39 Kilometer verkürzen würde. 3. Die Linie Dąbrowa—Opoczno—Warschau, welche die Kohlenversorgung des rechten Weichselufers und der Nordprovinzen sichern soll. 4. Die Linie Kohlenbecken Dąbrowa—Przysieki—Busk—Niske—Zamość, welche die Verbindung mit den Ostprovinzen um 80 Kilometer verkürzen und den Kohlenhunger in dem ehemaligen russischen Teilungsgebiete vollkommen zu stillen helfen würde. Die Industrie in den dortigen Gegenden würde dadurch neue Entwicklungsmöglichkeiten erlangen. Mit Rücksicht auf die schwierige Finanzlage des polnischen Staates haben den Bau dieser vier Linien zwei Gruppen von Finanzkonzernen übernommen, welche sich die Beteiligung französischer und belgischer Großkapitalisten sicherten. Der Bau soll einen Kostenaufwand von insgesamt 350 Millionen Franken oder ca. 16 Trillionen polnische Mark erfordern. Dieses Kapital wird vom Auslande zu 65 Prozent in bar und 35 Prozent in rollendem und anderem Bahnmaterial eingebracht werden. Als notwendig wird auch der Umbau der Linie Lemberg—Jaworów mit der Verlängerung bis Jarosław zwecks Verkürzung der Verbindung Krakau—Lemberg bezeichnet wegen der großen Bedeutung für den Transitverkehr. Schließlich ist auch der Bau der kürzesten Verbindung zwischen Lemberg und Galatz durch eine Verlängerung der Linie Tarnopol—Iwanie—Puste bei Lipsko mit Rücksicht auf die mit Rumänien und der Türkei abgeschlossenen Handelsverträge von Wichtigkeit.

Geldwesen.

Dr. Michalski über die Goldbons. Der ehemalige Finanzminister und jetzige Generaldirektor der „Polski Bank Krajowy", Dr. Georg Michalski, führt in einem im „Czas" veröffentlichten Aufsatz über den Zweck der Ausgabe der Goldbons aus:

„Der Zweck der Ausgabe der Goldbons war, den Sparsinn zu wecken und einen stabilen Wertmesser im Werte eines Schweizer Franken zu schaffen. Die Praxis hat aber diese Intentionen zunichte gemacht. Die Bons sind ein Spekulationspapier geworden. Sie bilden eine staatliche, leichtsinnig gemachte Anleihe, für welche der Staat viele tausend Prozent bezahlen muß. Überdies haben die Goldbons der polnischen Mark den Todesstoß gegeben, da die Mark durch dieselben und unter ihrem Einflusse immer tiefer gesunken ist. Es gibt wohl in Europa keinen Staat, der so leichtsinnig verfahren wäre. Der Staatsschatz gibt das Geld, das er aus dieser Emission erlangt, für laufende Bedürfnisse aus, verschuldet sich in Gold und erhält Papier. Dies ist der faktische Stand.

Es entsteht jetzt die Frage, was wäre da zu machen? Soll man diesen Schädling der staatlichen Wirtschaft noch prolongieren oder ihn mit der Wurzel ausreißen? Soll man sich dafür entscheiden, den mutigen und entscheidenden Schritt zu tun, sich zum Fehler zu bekennen und die Bons rückkaufen oder weiter den Fehler zu begehen und eine Schuld mit unbegrenztem Werte anhäufen, die in einer nahen Zukunft uns noch mehr Tausende Prozente kosten wird? Es entsteht die Frage, ob es nicht besser wäre, am 1. Oktober, 1. November, 15. November und 15. Dezember die zur Rücklösung notwendigen polnischen Mark herauszugeben oder diese unangenehme Sache noch auf später zu verschieben mit dem Bewußtsein, daß man dies teuer bezahlen wird und man viel mehr Papiermark wird emitieren müssen, wie es jetzt der Fall sein würde.

Nach gründlicher Überlegung und nach Einholung des Gutachtens hervorragender Sachverständiger in dieser Materie bin ich zu der Überzeugung gelangt, daß die weitere Emission der Goldbons einzustellen wäre und die herausgegebenen Goldbons nicht mehr zu prolongieren wären. Diese letzteren wären einzulösen. Die Beibehaltung der Goldbons im Umlaufe untergräbt den zukünftigen Złoty und erhält die Fiktion eines hochwertigen Geldes, das angeblich ein Schweizer Frank ist, das aber vom Franken bedeutende Abweichungen zeigt, was sicherlich dem Złoty nicht nützen wird. Ein Amerikaner hat ganz richtig bemerkt, daß die Einführung des Złoty zur Folge hat, daß Polen ein Land ohne Geld wird, an dessen Stelle eine Fiktion tritt. Die Experimente mit dem Złoty haben auch eine fatale Schädigung des polnischen Staates im Auslande zur Folge, hindern die Aufnahme einer ausländischen Anleihe, und im Inlande erschweren sie eine Inlandsanleihe. Der theoretische Złoty und die Goldbons treiben die Teuerung hinauf, welche die Regierung selbst provoziert.

Ein großer Teil der intelligenten Bevölkerung legt sich davon Zeugnis ab, daß die Goldbons eine auf den Grundlagen eines Bankrottes gemachte Anleihe bilden. Das Leben hat bewiesen, daß es eine Illusion sei, daß die Goldbons einen didaktischen Wert haben und zur Sparsamkeit aneifern werden. Angesichts des Inflationsmeeres, in dem Polen ertrinkt, würde die Emission von 2½ Billionen Mark, die zur Rücklösung der Bons notwendig wären, weniger in die Wagschale fallen und weniger der staatlichen Wirtschaft schaden, als die Prolongierung und Konservierung dieses Übels in der staatlichen Wirtschaft."

Von den Aktiengesellschaften.

Huta Miedzi (Kupferhütte) T. A. in Posen. Die Generalversammlung findet am 20. Oktober 1923, nachm. 5 Uhr im Sitzungssaale der Polski Bank Handlowy Posen, Plac Wolności Nr. 8 statt. Eine Kapitalerhöhung ist geplant. (M. P. 223.)

Drukarnia Narodowa T. A. in Bromberg. Die Generalversammlung findet am 22. Oktober, nachm. 4 Uhr in den Geschäftsräumen in Bromberg, ul. Jagielońska 10 II, statt. Eine Kapitalerhöhung ist geplant. (M. P. 223.)

Dr. Roman May, Chemische Fabrik T. A. in Posen. Die diesjährige Generalversammlung findet am 10. Oktober 1923 vorm. 11 Uhr in den Büroräumen der Firma in Posen Plac Nowomiejski Nr. 4 statt. Eine neue Kapitalerhöhung und eine wichtige Statutenänderung ist geplant. (M. P. 223.)

„Polski Glob" S. A. in Warschau. Die Generalversammlung findet am 19. Oktober 1923 nachm. 4 Uhr im Sitzungssaal der A. G. in Warschau, ul. Andrzeja Potockiego Nr. 3 IV statt. (M. P. 223.)

Börse.

Warschauer Börse vom 2. Oktober. Die Tendenz ist weiter steigend. Devisen sind stark gesucht. Der Dollar notiert offiziell 398 000 Mkp. Der Schweizer Frank behauptet sich offiziell mit 70 950. Die 8 % Goldanleihe wird mit 320 000 bezahlt. Die Miljonówka erreicht 5505. Am Effektenmarkt macht sich ein ziemlich verstärktes Interesse bemerkbar. Offiziell notierten: Bank Diskontowy 1175 bis 1225, Bank Zachodny 790—900, Bank Handlowy 550—575, Bank Małopolski 140, Bank Związku Spółek Zarobkowych 390—400, Częstocice 6150—6750, Michałow 625—630, Tow. Fabr. Cukru 1900—2150, Kop. Węgla 1450—1725, Cegielski 175—170, Modrzejów 1600—1625, Starachowice (o. Bezugsr.) 1000—925, Parowóz 147,5 bis 142,5, Pocisk 195—192,5, Zieleniewski 2625—2640, Żyrardów 59 000—72 000, Zawiercie 68 000—70 500, Haberbusch 725—850, Polska Nafta 140—127,5, Nobel 400—415, Ćmielów 380—390, Chodorów 1075—1190, Fitzner i Gamper 1800—1850, Spiritus 620—700, Tepege 825, Cerata 64—66, Skupu Skór 65—70, Przem. Naftowy 450—435, Polbal 30. Von nichtnotierten Werten wurden gehandelt: Chybi 2300, Kujawy 22 000, Zbiersk 550, Zduny 17 000, Pruszków 73—75, Elektrownia na Sanie 20—25, Gazy Ziemne 8000, Jaworzno 6000, Lechita 22, Lokomotywy 185, Jabłkowscy—Wilno 20, Nitrat 60—65, Opatówek 205, Machlejd 95 Hurt. Opałowa 9,5, Warsz. Bank Zjedn. 200, Puls 137½, Goldrubel 265.

Krakauer Börse vom 1. Oktober. Die Tendenz ist sehr stark geworden und ergreift alle Papiere ganz gleichgültig, ob Bank oder Industrie, leichte oder schwere Werte. Es notieren offiziell: P. Bank Przemysłowy 120—130, Tohan 100—112, Żegluga 26—28, Zieleniewski 2525—2700, Cegielski 165—170, Lemiesz 2650, Trzebinia 215—220, Pharma 130—155, Parowozy 130—136, Niemojowski 185, Górka 3000, Tepege 825—870, Polska Nafta 115—135, Krakus 200—230, Ćmielów 335—360, Chodorów 1125—1250, Elektrownia 78—80, Siersza górn. 1450—1650, Pokucie 280—290, Br. Rolniczy 35—38. Von nichtnotierten Werten wurden gehandelt: Jaworzno 6000—6200, Gazy 7800—8000, Chybi 2100—2200, Silesia 730, Garbarnia 500 (bez.) 600 (angeb.)

Ostdevisen in Berlin. Auszahlung: Bukarest 1 094 500 Geld, 1 105 600 Brief, resp. 35 %, Riga 935 000 Geld, 945 000 Brief, resp. 15 %, Reval 696 500 Geld, 703 500 Brief, resp. 12 %, Kattowitz 64 350 Geld, 65 650 Brief, Polennoten 55 850 Geld, 58 150 Brief, lettische Rubel 890 Geld, 930 Brief, estnische Mark 666 Geld, 694 Brief.

Dollarparität in Polen nach dem Danziger Kurse 600 000 Mkp. (1 Dollar = 4,20 Goldmark. 1 Goldmark = 143 000 Mkp.)

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 3. Oktober 1923.

(Ohne Gewähr.)

(Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kg. bei sofortiger Waggon-Lieferung.)

Weizen . .	1 250 000—1 350 000	Hafer	650 000—700 000
Roggen . . .	720 000—770 000	Felderbsen .	2 000 000—2 500 000
Weizenmehl	2 300 000—2 400 000	Viktoriaerbsen	3 000 000—3 500 000
Roggenmehl (inkl. Säcke)	1 250 000—1 350 000	Eßkartoffeln . .	120 000—130 000
		Fabrikkartoffeln	100 000—110 000
Weizenkleie . . .	370 000	Roggenstroh, lose	65 000—75 000
Roggenkleie . .	340 000	" gepr.	95 000—105 000
Gerste	550 000—600 000	Heu, lose . . .	100 000—115 000
Braugerste . .	720 000—770 000	" gepr. . . .	130 000—150 000

Geringe Marktzufuhren. Warenmangels wegen sehr starke Nachfrage. Tendenz: steigend.

Posener Viehmarkt vom 3. Oktober 1923.

(Ohne Gewähr.)

Es wurden gezahlt für 100 Kilogramm Lebendgewicht:

I. Rinder: I. Sorte 4 900 000—5 000 000 M., II. Sorte 4 200 000 M., III. Sorte 3 600 000—3 800 000 M. — **Kälber:** I. Sorte 6 000 000—6 200 000 M., II. Sorte 5 400 000 M., III. Sorte 4 800 000—5 000 000 M.

II. Schafe: I. Sorte 4 700 000 M., II. Sorte 4 200 000 M., III. Sorte 3 000 000—3 300 000 M.

III. Schweine: I. Sorte 8 400 000 M., II. Sorte 7 600 000 bis 7 800 000 M., III. Sorte 6 600 000—7 000 000 M.

Der Auftrieb betrug: 12 Ochsen, 112 Bullen, 269 Kühe, 196 Kälber, 1036 Schweine, 213 Schafe — Tendenz: lebhaft.

Danziger Frühkurse vom 3. Oktober.

Die polnische Mark in Danzig 75 000
Der Dollar in Danzig .. 400 000 000—450 000 000

Warschauer Vorbörse vom 3. Oktober.

Deutsche Mark in Warschau 0,0014
Dollar .... 393 000 Geld, 398 000 Brief
Englische Pfund in Warschau . 1 807 500
Schweizer Franken in Warschau ... 71 000
Französischer Franken in Warschau . 24 000

Warschauer Börse vom 2. Oktober.

Devisen:

Belgien	20 700	Paris	24 350
Berlin	0.0014	Prag	11 950
London	1 809 000—1 885 000	Schweiz	70 950
Neuyork	398 000	Wien	5.57½
Holland	156 500	Italien	18 250

Die heutige Ausgabe hat 6 Seiten.

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal.
Verantwortlich: für Polen und Osteuropa Dr. Wilhelm Loewenthal; für den übrigen politischen Teil Dr. Martin Meister; für Stadt und Land Rudolf Herbrechtsmeyer; für Handel und Wirtschaft und den übrigen unpolitischen Teil Robert Styra; für den Anzeigenteil M. Grundmann. — Druck u. Verlag der Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt, T. A., sämtlich in Poznań.